

vorgelesen; das ist bei einer so wichtigen Entscheidung kein Verfahren, das wir verantworten können. (Sehr wahr!) Ich will nicht auf die Begründung durch Frau Lugemburg eingehen, aber wenn man hier so nebenbei damit zugleich die Kolonialfrage aufrollen zu können glaubt, so ist es unmöglich, daß das geschehen könnte ohne eine Diskussion, die nur geeignet wäre, den Eindruck unserer Marokkofundgebung in der gegenwärtig vorliegenden aktuellen Frage abzuschwächen. (Zustimmung.) Ich bitte Sie (nach links), sich die Abschwächung des Eindruckes unserer Kundgebung durch eine Diskussion zu vergegenwärtigen, und dann werden Sie ihre Anträge zurückziehen. Ich glaube, der Parteitag hat in seiner überwältigenden Mehrheit die Absicht, der Resolution Bebels ohne weiteres die Zustimmung zu geben. Das wird die denkbar kraftvollste Demonstration in der gegenwärtigen wichtigen und kritischen Situation der Weltpolitik sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Diek: Ich entnehme aus den Ausführungen Davids, daß er eigentlich den Schluß der Debatte beantragt. (Zustimmung.) Ich nehme dann des weiteren an, daß er für den Schluß der Debatte gesprochen hat. Ich erteile nunmehr dem Genossen Liebknecht das Wort gegen den Schluß der Debatte.

Dr. Liebknecht: Ich habe eben noch ein neues Amendement eingebracht. (Große Unruhe.) Es handelt sich um einen wichtigen Punkt, um eine Ergänzung der Resolution und eine Ergänzung des Bebelschen Referats. (Unruhe und Schlußrufe.) Ich vermittele in dem Bebelschen Referat fast jeden Hinweis auf die Aktion der deutschen Massen, was sie bereits getan haben und was sie an Demonstrationen und Aufklärungsstätigkeit noch weiterhin zu tun haben. (Schlußrufe und Rufe: Das wissen wir schon selbst!) Es ist unbedingt notwendig, daß in der Resolution der Massen nicht vergessen wird. Es wird gar nicht von der gegenwärtigen Aktion gesprochen und nur allgemein auf ein späteres Stadium hingewiesen. Um dieser Resolution eine unmittelbare Wirkung nach außen hin zu geben, muß mein Amendement angenommen werden. Die Massen draußen müssen aufgerüttelt werden. Sie müssen zu lebhaften Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg aufgerufen werden. (Lebhafte Unruhe; Bebel ruft: Ist das zur Geschäftsordnung?) Wir können jetzt noch nicht Schluß der Debatte machen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Bebel nimmt das Schlusswort: Ich habe sehr wenig zu sagen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die vorgeschlagene Resolution nicht alles enthält, was gesagt werden könnte. Ich bin mir auch sehr wohl bewußt, daß ich über die Marokkofrage statt anderthalb Stunden drei Stunden hätte sprechen können. Was aber in der Resolution fehlt, das haben die Genossen schon aus eigenem hingugelegt und werden es noch weiter tun. (Beifall.) Wir war nur darum zu tun, in aller Kürze die Hauptpunkte darzulegen, auf die es ankommt. Wenn der Parteitag die Resolution annimmt, dann spricht er deutlich aus, was er in der Frage getan hat, wie er denkt und was er weiter tun wird. (Stürmischer Beifall.)

Vors. Diek: Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution 71 und die vier dazu vorliegenden Amendements. (Lebhafte Zurufe: Die Amendements zurückziehen! — Bebel: Ach laßt sie doch!)

Die vier Amendements zu der Resolution des Parteivorstandes werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf wird die Resolution über die Marokkofrage (Nr. 71) einstimmig angenommen. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Diek: Wir kämen jetzt zum Referat Bebels über die Reichstagswahlen. Bebel bittet aber, jetzt erst die Maifeier vorzunehmen und dann sein Referat entgegenzunehmen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Darauf tritt eine Pause von 10 Minuten ein.

Nach der Pause erhält das Wort zum Punkt

#### Maifeier

Spannend: Parteigenossen und Genossinnen! Die Verhandlung über die Maifeier gehört ja zum eisernen Bestand der Tagesordnung unserer Parteitage, und das war bisher auch notwendig, da zeitweilig sehr verschiedene Auffassungen über die Art der Maifeier, wenn nicht zur Geltung kamen, so doch zur Geltung zu bringen versucht wurden. Nach der Beschlußfassung der internationalen Kongresse und nach den Beschlüssen unserer seitherigen Parteitage soll die Maifeier am 1. Mai stattfinden und ihre würdigste Art soll die Arbeitsruhe sein; doch ist hinzugefügt, daß die Arbeitsruhe dort durchzuführen ist, wo die Möglichkeit dazu ohne bedeutende wirtschaftliche Schädigung vorhanden ist. Vielfach gingen nun die Bestrebungen dahin, die Feier zwar am 1. Mai vorzunehmen, aber ohne Arbeitsruhe, und die Feier auf den Abend zu beschränken; andere Bestrebungen gingen dahin, die Feier nach den örtlichen und territorialen Bedürfnissen am Sonntag nach dem 1. Mai stattfinden zu lassen. Demgegenüber hat die Partei immer daran festgehalten, daß die Feier am 1. Mai durchzuführen und wenn möglich durch Arbeitsruhe zu erfolgen hat. Seit dem Nürnberger Parteitag ist in der Frage nach Änderung der Maifeier Ruhe eingetreten. Es machen sich nicht mehr die Bestrebungen geltend, sie auf den Abend oder auf den Sonntag zu verlegen. Wir haben gewünscht, das Unterschlüsselwesen für die insolge der Maifeier Ausgesperrten auf dem Nürnberger Parteitag zu regeln. In dem vorjährigen Parteitagbericht über diesen Gegenstand ist darauf hingewiesen, daß in der Mehrheit der Bezirke, die eingerichtet sind, um einen Maifeierfonds zur Unterstützung der Ausgesperrten zu schaffen, Vorbereitungen hierfür getroffen sind. Diese Vorbereitungen sind weiter gediehen und in den einzelnen Bezirken haben die Parteigenossen die Fondsabildung vorgenommen, wenn er auch in vielen Fällen noch nicht eine solche Höhe angenommen hat, daß bei einer Aussperrung im größeren Umfange die Betroffenen vollaus befriedigt werden könnten. Aber diejenigen, die bisher gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai opponierten, sind jetzt der Verständigung auf dem Mannheimer Parteitag zwischen den Gewerkschaften und dem Parteivorstand von der Opposition zurückgekommen, und die Maifeier hat immer größeren Umfang und immer schönere Formen angenommen. Die Gewerkschaften haben die Unterstützung der Ausgesperrten anstandslos übernommen, und Schwierigkeiten sind durch die Unterstützung der Ausgesperrten nicht entstanden. Im vorigen Jahre fand die Maifeier an einem Sonntage statt, und, wie nicht anders zu erwarten, konnte berichtet werden, daß sie großartig ausgefallen war. Auch im diesjährigen Bericht konnten wir feststellen, daß, obgleich die Maifeier auf einen Montag fiel, sie durchaus nicht hinter der des Vorjahres zurückstand, sondern an Umfang und Zahl der Beteiligten zugenommen hat. Das ist mit darauf zurückzuführen, daß das Unternehmertum in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges doch nicht so aussperrungslustig ist, wie in Zeiten der wirtschaftlichen Depression. Das sehen wir ja auch an dem Stand der gegenwärtigen Verhandlungen im Metallgewerbe; die Unternehmer überlegen es sich zwei- und dreimal, ob sie zu der angebotenen Aussperrung übergehen sollen. Wenn in den Unternehmerorganisationen nicht Verbandsbeschlüsse existierten, die die einzelnen Orts-

und Bezirksverbände zum Aussperren der am 1. Mai Feiernden nötigten, so würden zahlreiche Unternehmer die an der Maifeier Beteiligten nicht mehr aussperren, sondern in ruhiger Verhandlung sich mit ihren Arbeitern verständigen, so daß ein Hindernis für die Maifeier in den betreffenden Betrieben nicht vorhanden wäre. Wir können also aussprechen, daß die Maifeier an Umfang und Zahl der Beteiligung Fortschritte gemacht hat, und wir können weiter konstatieren, daß in den Branchen, in denen man früher die größten Befürchtungen für umfassende Ausspernungen der an der Feier Beteiligten hatte, heute ein System eingeführt ist, welches den Parteitagbeschlüssen Rechnung trägt, d. h. daß festgestellt wird, wie weit die Feier ohne wirtschaftliche Schädigung der Feiernden ausgeführt werden kann, und wir können weiter konstatieren, daß die Verbandsleiter der Gewerkschaften durch Galten von Neben über die Arbeitsruhe am 1. Mai die Maifeier ausserordentlich gefördert haben. Wir können also feststellen, daß heute über die Maifeier vollkommene Harmonie zwischen Partei und Gewerkschaften besteht, und daß beide Körperschaften alles daran setzen, die Maifeier zu fördern. Ich sehe, ein Genosse schüttelt den Kopf zu dieser Behauptung. Er hat vielleicht in seinem engeren Distrikt andere Erfahrungen gemacht (Sehr richtig!); aber im großen und ganzen und soweit die Leitung der Partei und Gewerkschaften in Frage kommt, besteht eine Meinungsverschiedenheit über die Maifeier nicht, und mit Freuden ist festzustellen, daß der Maifeiergedanke sich immer tiefer in die arbeitende Klasse Deutschlands einlebt und daß die Beschlüsse über die Maifeier immer mehr zur Geltung gebracht werden.

Nun einige Worte über die zur Maifeier gestellten Anträge. Anträge, wie auf früheren Parteitagen, zur Mäanderung der Form der Maifeier, liegen diesmal nicht vor — eine sichere Bestätigung für das, was ich angeführt habe. Die Anträge richten sich gegen den Nürnberger Beschluß, der verlangt, daß die Parteigenossen, die in Betrieben arbeiten, in denen sie einen Verlust ihres Tagesverdienstes durch die Maifeier nicht tragen, an den in Bildung begriffenen oder den vorhandenen Bezirksfonds den Tagesverdienst abzuführen haben. Die Durchführung dieses Beschlusses hat zu verschiedenen Mißheftigkeiten geführt, meistens in den Betrieben, die der Partei unterstehen. Es ist darüber zu verschiedenen Anfragen an den Parteivorstand gekommen, und wir können auch hier nur wieder erklären, daß die in unseren Betrieben tätigen Parteigenossen die Verpflichtung haben, den Nürnberger Beschluß im vollen Umfange zu erfüllen, so lange er besteht. (Lebhafte Sehr richtig!) Ob es richtig oder zweckmäßig ist, ihn aufzuheben, wie verschiedene Anträge verlangen, darüber enthalte ich mich im Einverständnis mit meinen sämtlichen Kollegen im Vorstand bei Bemerkung. Sie könnte ja unter Umständen dahin gedeutet werden, ich wolle pro domo für den Parteivorstand reden, der doch mit unter die Kategorie der Angestellten fällt und froh wäre, wenn der Beschluß aus der Welt geschafft würde, damit er seiner Zahlungsverpflichtung los und ledig würde.

Der Antrag 30 zielt darauf ab, der Parteitag soll aussprechen, daß gegen alle diejenigen, die sich weigern, dem Beschluß des Nürnberger Parteitages nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten ist. (Sehr richtig!) Das ist heute schon Usus; man ist bloß innerhalb der Bezirksorganisationsstellen wankelmütig geworden und hat geglaubt, nicht mit voller Schärfe gegen die, die gegen den Beschluß verstoßen, vorgehen zu sollen. Die Anfragen, die an uns über diesen Gegenstand gerichtet sind, wurden stets dahin beantwortet, daß selbstverständlich das Verfahren einzuleiten und durchzuführen ist. Eine andere Stellung konnte und kann der Parteivorstand ja gar nicht einnehmen.

Der erste Antrag von Lübeck verlangt, daß unsere Delegierten im Internationalen Bureau dahin wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird. Ich möchte Sie ersuchen, diesen Antrag abzulehnen. Bei der verschiedenartigen Stellung der verschiedenen Nationen zur Maifeier und ihrer Durchführung wird es außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich sein, eine einheitliche Auffassung herbeizuführen. Aus Debels Referat haben Sie gehört, wie schwierig es war, eine einmütige Auffassung über das Verhalten der Parteigenossen bei Kriegsgefahr in allen Kulturländern herbeizuführen. Genau so liegt es auf dem Gebiet der Maifeier. Aber es muß hier ausgesprochen werden: die deutsche Arbeiterklasse, organisiert in der deutschen Sozialdemokratie und in der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung, nimmt es mit gefassten Beschlüssen internationaler Kongresse sehr ernst (Sehr richtig!) und sucht sie bei jeder Gelegenheit nicht nur dem Sinne nach, sondern ich möchte sagen dem Wortlaut nach zur Durchführung zu bringen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß das bei anderen Nationen nicht der Fall ist. (Sehr richtig!) Man bekommt Sympathieerklärungen zu hören, aber in der Befolgung der Beschlüsse internationaler Kongresse besteht ein starker Unterschied zwischen anderen Nationen und der deutschen Arbeiterklasse. Da dies bis zur Stunde nicht anders geworden ist, und da wir alles zu vermeiden haben, was neue Reibungsflächen in die internationalen Beziehungen hineinträgt, so ist es besser, wo eine einheitliche Auffassung über einen Gegenstand noch nicht vorhanden ist, diesen Gegenstand ruhen zu lassen. Mit dem Fortschreiten des Gedankens der Maifeier werden die Verhältnisse in bezug auf die Befolgung der internationalen Beschlüsse sich auch bei anderen Nationen bessern, und sie werden in größerem Umfange und mit besserem Verständnis ebenso wie von der deutschen Arbeiterklasse zur Durchführung gebracht werden.

Im großen und ganzen können wir also mit den Fortschritten, die die Maifeier gemacht hat, zufrieden sein, und wir werden jedenfalls im nächsten Jahre auf dem Parteitage berichten können, daß wieder Fortschritte in der Verbreitung des Gedankens der Maifeier als einer Kundgebung der Arbeiterverbrüderung, der sozialpolitischen Auffassung und des Weltfriedens gemacht worden sind. Ich bitte deshalb unter Ablehnung des Antrages 27 dem Antrage 30 insoweit zuzustimmen, als der seitherige Zustand betreffend die Schaffung des Maifeierfonds durch den Antrag 30 des Nürnberger Parteitages aufrecht bleibt. Werden dahingegen andere Beschlüsse in Anlehnung an die Anträge 28 und 29 vom Parteitag gefaßt, entwickelt sich die Praxis der Rechtsauffassung der Parteigenossen im Sinne des Antrages 30, oder beschließt der Parteitag direkt die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses, dann erübrigt sich der Antrag 30 von selbst. Ich hoffe, daß auch aus Aeußerungen der Delegierten über die Entwidlung der Maifeier in ihren Bezirken nicht nur Fortschritte zu erkennen sein werden, sondern daß wir daraus auch die Erkenntnis gewinnen werden, alle Kräfte einzusetzen, um dem Gedanken der Maifeier zu der ihm gebührenden Verbreitung zu verhelfen. Der 1. Mai wird, wenn wir so arbeiten, künftig von der deutschen Arbeiterklasse einmütig als der Weltfeiertag angesehen werden, dessen würdigste Feier, die Arbeitsruhe, in steigendem Maße durchgeführt wird. Ich bin überzeugt, daß Sie diesem Gedanken zustimmen werden und daß auch die nächste Maifeier wieder den Beweis erbringen wird, daß die Wünsche und Erwartungen, die man in sie gesetzt hat, zur Wirklichkeit kommen. (Beifall.)

Die zu diesem Punkte gestellten Anträge 27, 28, 29 und 30 sind sämtlich genügend unterstützt und stehen mit zur Debatte.

Ripinski-Leipzig begründet den Antrag 29: Als auf dem Parteitag in Nürnberg die Maisfeier behandelt und über die Notwendigkeit einer Fürsorge für die Maiausgesperrten gesprochen wurde, erhob man den damaligen Antrag 90 zum Beschluß. Die Vereinbarungen selbst, die die Voraussetzungen für den Antrag 90 waren, sind erst später auf dem Leipziger Parteitag angenommen worden. Es geht auch aus der ganzen Formulierung des Antrages 90 hervor, daß er beschloß, während seine Voraussetzungen noch nicht bestanden. Dieser Beschluß hat zu lebhaften Auseinandersetzungen in den einzelnen Orten geführt. Wenn ein großer Teil der Parteiorde von dieser Frage nicht berührt wird, so nur deshalb, weil in den betreffenden Bezirken sehr wenige Personen vorhanden sind, auf die sich der Beschluß von Nürnberg beziehen würde. Der ganze Beschluß ist ein Gelegenheitsgesetz (Sehr richtig!), das zugleich ein Ausnahmegesetz der Partei darstellt. (Hol) Dieser Beschluß weicht ab von der Grundauffassung der Partei. (Sehr richtig!) Die Partei ist bisher immer davon ausgegangen, daß Verpflichtungen, die geschaffen werden, sich auf die gesamte Mitgliedschaft erstrecken müssen, dann dürfen aber nicht kleine Teile der Parteimitgliedschaft herausgegriffen werden, sondern es müssen die Parteigenossen in ihrer Gesamtheit erfasst werden. Bei dem Beschluß ist man von der Erwägung ausgegangen, daß dem Einwand begegnet werden sollte, die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften könnten sehr leicht für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten, weil sie gar nicht in ihrer Tätigkeit gefährdet oder überhaupt benachteiligt würden. Deshalb hat man sie verpflichtet, einen Tagesverdienst abzuführen, damit zu dokumentieren, daß sie bereit seien, persönliche Opfer zu bringen. (Sehr richtig!) Man hat dabei übersehen, daß unter den Beschluß nicht nur die Partei- und Gewerkschaftsangeestellten fallen, sondern eine ganze Reihe anderer in der Partei angestellter Personen, namentlich auch die Arbeiter der Parteibetriebe und die Arbeiter, die ebenfalls die Arbeitsruhe ohne Nachteil durchführen können. Der Beschluß ist lebhaftem Widerstand begegnet. Wenn man von der Auffassung abgehen will, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft für die Aufbringung der Mittel verantwortlich ist, und will man Extrabeiträge von kleineren Gruppen erheben, dann muß man diese in ihrer Totalität erfassen. (Zustimmung.) Nach dem Nürnberger Beschluß sind die Tagesverdienste an die Partei- und Gewerkschaftskassen abzuführen. Einzelne Angestellte führen darum ihren Anteil an die Gewerkschaftskassen ab. Das wollte aber der Beschluß nicht, daß Partei und Gewerkschaft auf diese Weise an Gehalt sparen, sondern es sollte ein Fonds für die Opfer der Maiausgesperrten geschaffen werden, dem die Gelder zufließen. (Sehr richtig!) Schon wegen dieser unglücklichen Fassung kann der Nürnberger Beschluß nicht aufrechterhalten werden. Soweit nun die eigentlichen Partei- und Gewerkschaftsangeestellten in Frage kommen, haben wir wesentliche Differenzen nicht gehabt, aber in den Parteibetrieben und in den genossenschaftlichen Unternehmungen ist die Parteimitgliedschaft der Arbeiter nicht so ohne weiteres festzustellen, und da haben wir die größten Schwierigkeiten und Differenzen. Gätten wir z. B. nicht einen Kassierer eingestellt, der wochenlang die Beiträge eingehoben hat, so hätten wir den größten Teil der Summe überhaupt nicht erhalten. (Sehr richtig!) Was sollen wir nun mit den renitenten Genossen anfangen? Pfannkuch sagt, man könne dem Antrag 30 zustimmen, denn er decke sich mit der Praxis. Das bestreite ich. Nach § 23 des Organisationsstatuts kann die Ausschließung erfolgen, wenn durch beharrliche Zuwiderhandlung gegen Parteibeschlüsse die Parteiinteressen geschädigt werden. Durch Annahme des Antrages 30 würden Sie genau so ein Gelegenheitsgesetz schaffen, wie mit dem Nürnberger Beschluß, denn Sie würden damit das Organisationsstatut aufheben bezw. erweitern. Unter „beharrlich“ kann man nur wieder

holte Verletzung der Parteipflichten verstehen. Vor 8 Jahren haben wir den Genossen, die nicht zahlten, erklärt: Ihr dürft keine Ehrenämter mehr bekleiden. Darauf hat ein Teil bezahlt, ein Teil nicht. Aber ausschließen konnten wir die Nichtzahler nicht, sie hatten sich zwar gemweigert, aber nicht beharrlich gemweigert. In diesem Jahre nun haben einige von denen bezahlt, die vor 2 Jahren nicht bezahlt haben, aber einige von denen, die damals bezahlt haben, bezahlten diesmal nicht. (Heiterkeit.) Wir müssen den Genossen erst Gelegenheit geben, zu zeigen, ob sie sich denn auch beharrlich widersetzen wollen. Endlich kann man doch allenfalls einen Genossen oder ein halbes Duzend ausschließen, wenn sie einen Beschluß verletzen, aber doch nicht Duzende von Leuten eines großen Betriebes. Dadurch würde nicht nur der Streit in die Partei, sondern auch in die Betriebe hineingetragen werden. So wird durch den Nürnberger Beschluß der Konfliktsstoff nur vermehrt und weit mehr geschadet als gemüht. Das sind die Erfahrungen, die wir in Leipzig mit der Durchführung des Nürnberger Beschlusses gemacht haben. Wir schlagen deshalb vor, ihn aufzuheben, wir haben aber damit gerechnet, daß der in Nürnberg vorgelegte Gedanke, daß auch die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen zu treffen sind, auch weiter Ausdruck finden soll und haben deshalb einen Eventualantrag eingebracht. Unser Eventualantrag will die unklare Fassung des Nürnberger Beschlusses beseitigen. Wir wollen weitergehen und alle Personen zur Erfüllung ihrer Pflicht heranziehen, die jetzt noch nicht gefaßt werden können, wie die Mitglieder des Arbeiterturnerbundes, Radfahrerbundes und der Konsumvereine. Ich erinnere ferner an die freien Hilfskassen, an die Zuschußkassen, an die Angestellten in anderen Krankenkassen. Dann gibt es bereits auch eine große Zahl Arbeiter, die am 1. Mai nicht arbeiten und keine Lohnneubewerbe erleiden. Auch diese müssen erfasst werden. Dann ist aber das Verlangen nach einem Tagesverdienst oftmals zu hart, die soziale Lage des einzelnen Arbeiters wird nicht berücksichtigt. Denken Sie an die Witwe mit mehreren Kindern, die Aufrastrestaum im Konsumverein ist, von der man nur einen ganzen Tagesverdienst fordert. Denken Sie an den Arbeiter, der monatelang arbeitslos war und vielleicht gerade in der Zeit um die Maisfeier einen Unterbruch gefunden hat. Wenn wir in allen diesen Fällen rigoros vorgehen, dann schaffen wir nur Verbitterung. Darum nehmen Sie mindestens unseren zweiten Antrag an, der die soziale Lage berücksichtigt und hebt Sie damit den unklaren Nürnberger Beschluß auf. Auch wir wünschen, daß der 1. Mai möglichst vollkommen durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Wie falsch die Behauptung war, daß die Gewerkschaften bei dem früheren Zustand in ihrer Tatkraft beeinträchtigt werden, zeigt das Leipziger Beispiel. Dort besteht ein Maifonds von etwa 24 000 Mark. In diesem Jahre sind 395 Arbeiter für die Unterstützung in Frage gekommen. Es sind einige Hundert Mark Entschädigung gezahlt worden. Das belastet den Maifonds wenig. Dabei handelt es sich in Leipzig um 66 000 organisierte Mitglieder der Gewerkschaften. (Beifall.)

Ludwig-Hagen: Nach der sehr guten Begründung des Antrages auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses kann ich sehr kurz sein und dem Parteitag die Entscheidung überlassen. Ich bitte Sie aber dringend, sich nicht auf den Eventualantrag einzulassen. Er würde den Krieg nur erweitern und die Sache nicht vereinfachen. Seien Sie konsequent und heben Sie den Nürnberger Beschluß auf, damit wieder Friede in unsere Reihen hineinkommt. Es handelt sich um ein Ausnahmegesetz. Geben wir das ruhig zu; wir sind alle Menschen, und es kann auch einmal passieren, daß ein Parteitag einen Beschluß faßt, der nicht sehr glücklich ist. Wenn man das aber einzieht, dann soll man den Beschluß auch wieder beseitigen. Beantragt wurde dieser Beschluß feierlich von Frankfurt. Es war ein Gelegenheitsantrag. Auch in Nürnberg haben nach den

lebhaften anderen Debatten dann nur 20 bis 40 Delegierte dafür gestimmt. Freund Dorn konstatierte nach der Gegenprobe, bei der niemand dagegen stimmte, der Antrag ist angenommen; darauf allgemeines Gelächter, weil man wußte, daß der Antrag nicht durchführbar war. Durch die Aufhebung des Antrags werden wir der Maiseier nur nützen. Schaffen Sie uns freie Bahn in den Organisationen.

**Hense-Hamburg:** Ich möchte Sie bitten, alle Anträge zu diesem Punkte abzulehnen. (Sehr richtig!) Ich kann mich nicht der Ansicht von Lipinski anschließen, daß der Nürnberger Beschluß ein Ausnahmegesetz ist. Betrachten Sie doch, welche großen Opfer diejenigen, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen und der Gefahr der Maßregelung ausgesetzt sind, im Vergleich zu den Angestellten bringen, die am nächsten Tage wieder in Arbeit gehen können! Wenn wir das bedenken, dann müßten wir uns eigentlich schämen, hier zu beantragen, solche Opfer für die Zukunft nicht mehr bringen zu wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Wären diese Anträge aus der großen Masse der Parteigenossen oder der Gewerkschaftler heraus entstanden, so ließe sich darüber reden. Aber sie kommen in der Hauptsache von denjenigen, die ihren Lohn an die Partei- oder die Gewerkschaftskasse abzuführen haben. (Widerpruch und Zustimmung.) In Hamburg steht die große Mehrzahl der Genossen auf dem Standpunkt, daß die Angestellten sehr wohl ihren Tagelohn abgeben können, weil sie wirtschaftlich dann immer noch besser gestellt sind als die übrigen Genossen. (Sehr richtig!) Lipinski hat mit großer Emphege darzustellen gesucht, wie einzelne in der Partei angestellte Personen, Witwen ufm. trotz ihres niedrigen Einkommens den Tagelohn abführen müssen, und, wenn sie das nicht können, dadurch ein Streit innerhalb der Organisationen entfesselt würde. Es ist mir unverständlich, wie derartiges in großen Orten Deutschlands geschehen kann. (Sehr richtig!) Wir in Hamburg haben auch eine ganze Reihe von Personen mit einem sehr niedrigen Einkommen, und wir haben, wenn diese sich an uns gewandt haben, stets gesagt: Ihr Vermögen der Armen, seid davon befreit; wir verzichten auf eure paar Pfennige. Das hat noch immer bei der großen Masse der Genossinnen und Genossen Verständnis gefunden. Würde man überall so handeln, so würde sich wohl niemand darüber aufregen. Der Eventualantrag Leipzig birgt dasselbe Unrecht in sich, wenn man von einem solchen überhaupt reden will, wie der heutige Zustand; das ist Jades wie Hoses. (Sehr richtig!) Wir haben in Hamburg mit dem Nürnberger Beschluß an sich sehr gute Erfahrung gemacht; wir haben im ersten Jahre, wo der Beschluß für uns praktische Geltung hatte, annähernd 11 000 Mark von Angestellten in der Partei, in Gewerkschaften und Genossenschaften als Tagelohn erhalten. Unter diesen befinden sich sogar eine ganze Reihe von Genossen, die wir nach keiner Richtung hin kontrollieren konnten, ob sie den Tagelohn abzuführen hatten. Für dies Jahr liegt der Abschluß noch nicht vor, aber so weit ich die Sache übersehen kann, haben wir wohl über 12 000 Mk. erhalten. Bei uns herrscht über diese Frage gar kein Streit. Ich möchte Sie deshalb bitten, es bei dem Nürnberger Beschluß zu belassen und so zu handeln, daß er zu allgemeiner Zufriedenheit durchgeführt wird. Bei uns haben gegen diesen Beschluß nicht diejenigen, die sich wirtschaftlich am schlechtesten befinden, genörgelt, sondern diejenigen, die am besten gestellt sind. (Lebhaftes Hört! hört!) Solche, die bis zu 12 000 Mk. Einkommen haben; dagegen andere mit 1500 oder 2000 Mk. Jahreseinkommen haben kein Wort gesagt. (Sehr richtig!) Lassen wir es bei dem Nürnberger Beschluß, und erziehen wir unsere Genossen dazu, daß sie auch im Interesse der Allgemeinheit Opfer bringen. (Stürmischer Beifall.)

**Stelling-Lübeck:** Ich verkenne nicht, daß für die Delegierten auf dem Nürnberger Parteitag gute Motive maßgebend gewesen sind, als sie dem Antrag 90 zustimmten, aber wenn der Beschluß zu Mißbilligkeiten und Differenzen innerhalb der Partei führt, dann sage ich: die Einheit der Partei steht mir höher. (Sehr richtig!) Davon, daß man sich der Verhandlung solcher Anträge schämen muß, kann gar keine Rede sein. Ein paar Worte zu unserem Antrag 27. Wenn die Voraussetzungen von Pfannkuch richtig wären, wenn in der Tat die Maiseier immer größere Dimensionen annehmen würde, dann würde ich sagen, unser Antrag ist unberechtigt, wir müssen ihn zurückziehen. Aber wir haben nicht die geringste Ursache, uns etwas vorzumachen. Gewiß, es ist richtig, daß ansehnliche Massen die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen. Aber vergessen wir nicht, daß weit größere Massen in den Fabriken fronden, vergessen wir nicht, daß zum großen Teil die Arbeitsruhe gar nicht durchgeführt ist. Die Maiseierfrage muß einmal an der Stelle angeschnitten werden, wohin sie gehört, auf dem nächsten Internationalen Kongreß. Das Uebereinkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand ist nicht geeignet, der Maiseier den Weg zu ebnen, sondern der Rake den Schwanz rückwärts abzuhaben. Die übergroße Mehrzahl von Ihnen steht ja im gewerkschaftlichen Leben. Sie wissen, was ich meine, und Sie werden mir recht geben. Wir haben uns in den letzten Jahren immer ziemlich vorsehen, wir haben uns gehütet, Differenzen wegen der Maiseier herauszubeschwören. Das haben wir müssen, weil bei größeren Aussperrungen die Mittel, die doch zum allergrößten Teil freiwillig aufgebracht werden sollen, nicht im entferntesten ausreichen. Das ist der Gemischkuch für die Arbeitsruhe am 1. Mai. Wenn man sagt, in den letzten Jahren sind die Aussperrungen geringer geworden, so übersieht man, daß in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges die Unternehmer ganz andere Maßnahmen ergreifen werden, und dann sitzen wir fest. Nun sagt Pfannkuch mit Recht, daß es in anderen Ländern manchmal nicht so genau genommen wird mit der Durchführung internationaler Beschlüsse wie in Deutschland, und daß es ratfam sei, Reichungsschlüssen zu vermeiden. Es kann aber gar nichts schaden, wenn auf dem Internationalen Kongreß die Frage angeschnitten wird, und wenn dann auch denjenigen, die in Paris mit solcher Begeisterung für den internationalen Weltfeiertag gestimmt haben, klar gemacht wird, daß die internationalen Beschlüsse auch für sie gelten. (Sehr gut!) Meiner Meinung nach können sowohl die Anhänger als auch die bedingten Anhänger der Maiseier für unseren Antrag stimmen, zunächst einmal, um Klarheit zu schaffen darüber, inwieweit die Maiseier ausgebaut werden kann zu einem internationalen Weltfeiertag. Ist das nicht möglich, dann wird der Kongreß die weiteren Konsequenzen zu ziehen haben. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen, nicht nur um eine Klärung herbeizuführen, sondern auch im Interesse der Maiseier selbst.

**Hense-Deffau:** Es ist kein Zweifel, daß sich für den Nürnberger Beschluß viel sagen läßt. Diejenigen, die in Parteistellungen sind, können natürlich besser feiern als die anderen, nicht nur deshalb, weil sie keinen Lohnausfall haben, sondern vor allem, weil sie nicht der Gefahr der Maßregelung ausgesetzt sind. Ich halte es nicht für richtig, daß der Parteivorstand sagt, wir können uns nicht dazu äußern, denn wir würden pro domo sprechen. Der Parteivorstand muß doch über den Verdacht erhaben sein, daß er wegen der lumpigen paar Mark keine Stellung nehmen kann. (Sehr richtig!) Es handelt sich hier überhaupt nicht um die Geldfrage, sondern um eine andere Auffassung von Gerechtigkeit. In Brandenburg zum Beispiel haben die Buchdrucker das Geld abgeführt, aber sie hatten es nicht für gerecht, sie berufen sich auf ihren Larij und sagen: sie können nicht dazu gezwungen werden. Das mag falsch

sein — ich bin selbst der Meinung. Aber was nützt es uns denn, wenn wir nun infolge dieses Beschlusses alljährlich an allen größeren Orten den größten Stank und Knatsch haben? Das ist der Maisfeier nicht würdig, und deshalb sollte man den Beschluß lieber aufheben. Wir sollen doch die Sache nicht so leicht nehmen. Gewiß, man kann die Genossen nicht sofort ausschließen, man wählt deshalb einen Ausweg und spricht ihnen die Fähigkeit ab, Ehrenämter zu bekleiden. Eigentlich haben wir ja gar keine Ehrenämter, sondern Arbeitsämter, und wir brauchen Genossen, die diese Arbeitsämter übernehmen. Ist es erfreulich, wenn unter Umständen ganze Kategorien von Arbeitern, zum Beispiel Setzer in Parteidruckereien nicht mehr mitarbeiten? Zwingen wir die Leute aber, ihren Lohn abzuführen, dann haben wir Konflikte, dann kommt es noch zu weit schlimmeren Differenzen mit dem Buchdruckerverband. (Sehr richtig!) Mir haben schon Buchdrucker gesagt: Dies Jahr bezahlen wir noch um des lieben Friedens willen, aber das nächste Jahr nicht mehr. Dazu kommt noch eins. Ist der Gastwirt, ist der Zigarrenhändler, ist der kleine Gewerbetreibende, der am 1. Mai nicht nur nichts verliert, sondern noch gewinnt, nicht auch verpflichtet, seinen Verdienst abzuführen? In dem Nürnberger Beschluß ist darüber nichts gesagt, und so haben wir denn statt des Erfolges nur Aerger und Verdruß. Wir haben in den zwanzig Jahren über die Maisfeier schon so viel gezankt, daß wir keine Ursache haben, den Zanf noch zu vermehren. (Sehr richtig!)

Ich würde den Eventualantrag auch nur als eine Abschlagszahlung für nützlich halten, aber im ganzen halte ich ihn allerdings nicht für nützlich, denn der Streit wird dadurch nicht aus der Welt geschafft werden. Die großen Geldsummen, die hier genannt worden sind, können in Großstädten auch durch lokale Abmachungen erreicht werden. Wenn wir den einzelnen Orten die Möglichkeit geben, in ihrer Weise am 1. Mai Geldbeträge aufzubringen, dann wird der Beitrag nicht wesentlich hinter dem zurückbleiben, was jetzt erreicht wird, aber dann werden wir Frieden in der Partei haben und das ist notwendig. Unter denjenigen, die sich weigern, sind, so sagt man, Leute von 12 000 bis 12 000 Mk. Gehalt. Das kann sich nur beziehen auf die Direktoren der Groß-einkaufsgesellschaft oder des Zentralverbandes in Hamburg. Die sind aber so erhaben, daß sie sich den Zerkel um unsere Beschlüsse kümmern. Die zwingen sie nicht. (Chorus.) Die Herren sind mächtiger, als daß wir sie zwingen könnten. (Widerspruch.) Wollen Sie auch da den Zanf heraufbeschwören, auch die Leute ausschließen und etwa aus ihrer Stellung bringen, dann kriegen sie es mit der ganzen Genossenschaftsbewegung zu tun. Das ist aber die Sache, um die es sich hier handelt, nicht wert. In Betracht kommen vielmehr die großen Massen im Buchdruckgewerbe, Lagerhalter, Wägereiarbeiter usw., meist arme Würmer, auf deren Beiträge es wirklich nicht so sehr ankommt. Schaffen Sie den Nürnberger Beschluß ab, dann werden Sie den besten Erfolg insbesondere auch für die kommende Reichstagswahl herbeiführen. (Beifall.)

Lehmann-Dresden: Ich habe mich außerordentlich gefreut, als Genosse Pfannluch sagte, daß den Bezirkskomitees schon heute Gelegenheit gegeben ist, nach dem Antrag Hamburg zu verfahren, und daß die Bezirkskomitees nur noch zu ängstlich seien. Ich werde mir dies nach Dresden mitnehmen. Ich freue mich weiter, daß Genosse Pfannluch darauf hingewiesen hat, daß die Gewerkschaftsbeamten der Maisfeier durch Veranstaltung von Vorträgen und Versammlungen mehr Schwung geben sollten. Ich möchte nur wünschen, daß das auch wirklich geschieht. Aber in Dresden haben wir traurige Erfahrungen machen müssen. Selbst Leute, die in der Arbeiterbewegung angestellt sind, haben am 1. Mai keine Versammlung abgehalten und sich auch noch um den

Beitrag herumgedrückt. Im vierten sächsischen Wahlkreis haben wir in unserer Versammlung beschlossen, diejenigen, die sich weigern, den Beitrag zu zahlen, auszuschließen, wir haben auch ein Ausschlussverfahren eingeleitet und an 41 Genossen geschrieben. Am andern Morgen erschien aber das Zirkular im „Dresdener Anzeiger“, einem Blatt, das im Reichsverbandsinn redigiert wird, und zwar mit entsprechenden Glossen. (Lebhaftes Hört! hört!) Eine große Anzahl dieser Genossen hat dann bezahlet, einige aber weigern sich oder geben vor, sie hätten am 1. Mai arbeiten müssen, und das sind gerade Leute, die in der Arbeiterbewegung angestellt sind. Sie erklärten, sie hätten im Interesse ihres Verbandes tätig sein müssen. Einer schrieb sogar, man werde von ihm doch nicht erwarten können, daß er so gewissenlos sein würde, am 1. Mai die Hände in den Schoß zu legen. (Lebhaftes Hört! hört!) Wir erwarten vom Parteitag, daß er mit dieser Anschauung nicht einverstanden ist und bitten um Annahme des Antrages Hamburg III. (Beifall.)

Simon-Nürnberg: Ich habe gegen den Antrag in Nürnberg gestimmt, weil ich vorausjah, daß er ein Rückstöß sein wird, das in die Maisfeier hineingelegt wird. Ich bitte Sie heute, den Nürnberger Beschluß wieder aufzuheben. Es gibt in den großen Städten gar keine Kontrolle darüber, wer feiert. Sie wissen, daß die Gewerkschaftsangeestellten feiern, die Parteiangestellten und die in Konsumvereinen Angestellten, die können Sie alle fassen. Aber darüber hinaus hört Ihre Wissen auf. Wir haben die Tatsache gehabt, daß Gewerkschaftsbeamte erklärt haben, sie könnten nicht feiern, sie könnten ihr Bureau am 1. Mai nicht schließen, sie müßten die Unterstühtungen ausmachen. In Magdeburg haben sich die Buchdrucker, bezw. das gesamte technische Personal mit wenigen Ausnahmen geweigert, den Beitrag abzuliefern. Was wollen Sie machen? Wollen Sie die Genossen ausschließen? Wenn Sie den Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ablehnen, dann müssen Sie folgerichtig den Antrag Hamburg annehmen. Aber Sie müssen dann auch beantworten, was dann geschieht, ob die Maisfeier gefördert wird, oder ob sie zu Grabe getragen wird. (Sehr richtig.) Auch in Nürnberg weigert sich eine Reihe von Genossen, den Beitrag zu bezahlen. Ihnen ist der Ausschluss angedroht worden. Mir graut aber vor der Durchführung. Weil ich nichts in die Partei hineinwerfen will, was uns auseinanderreißt, sondern weil ich will, daß die Partei auch in dieser Frage einig und geschlossen dasteht, deshalb trete ich für Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ein. Es ist vorgekommen, daß in Nürnberg Genossenschaftskreisen die Angestellten von ihrem Jahresgehalt den Durchschnitt pro Tag ausgerechnet haben, und da nicht ganze Pfennige herauskamen, haben sie die Pfennige gerhackt und uns die Stücke eingeschickt. (Lebhaftes Hört! hört!) Das ist eine Verhöhnung eines Parteitagbeschlusses. Wir sollten nicht Beschlüsse fassen, die solche Zwistigkeiten in die Partei hineinbringen. Weiter entsteht die Frage, wie es mit den Genossen ist, die als Wirte am 1. Mai sogar einen höheren Tagesverdienst haben. Die Schwierigkeiten sind groß auf diesem Gebiete. Wir kommen nicht zur Ruhe, wenn wir nicht den Nürnberger Beschluß aufheben. Wir müssen die Streitfälle aus der Welt schaffen. Die Sache ist dieses Streites nicht wert. (Beifall.)

Vorsitzender Dieß schlägt vor: Webel hat den Wunsch ausgesprochen, daß sein Referat über die Reichstagswahlen erst morgen, Freitag, auf die Tagesordnung kommt. Wir haben heute morgen Gelegenheit gehabt, die wunderbare Frische Webels zu bewundern. Er wird morgen dieselbe Frische zeigen, wenn wir ihm diese Pause lassen. (Beifall.)

Damit ist der Parteitag einverstanden und es tritt die Mittagspause ein.

## Nachmittagsſitzung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Lipinski-Leipzig das Wort: Ich muß Ihnen mitteilen, daß ein alter Parteigenosse, Julius Röhling, gestern in Leipzig gestorben ist. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Er ist seit 1863 in der Partei tätig. Er hat die Agitation mit Laßalle und auch später mit der sozialdemokratischen Partei geführt. Obgleich manche Stürme über ihn hinweggebraust sind, hat er immer seine Pflicht getreulich erfüllt. Ich stelle fest, daß Sie sich zu seinen Ehren von den Plätzen erhoben haben.

Darauf wird in der Diskussion über die Maifeier fortgefahren.

Weiß-Boischappel: Pfannkuch hat darauf hingewiesen, daß die letzte Maifeier viel besser besucht war als die früheren. Er hat das auf die günstigere Konjunktur zurückgeführt. Es liegen aber noch andere Momente vor. Da ist vor allem die Initiative des Parteivorstandes und der Generalkommission in diesem Jahre und die Geschlossenheit zwischen Parteivorstand und Generalkommission, die besonders geeignet war, eine stärkere Beteiligung herbeizurufen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand auch in nächster Zeit noch energischer für die Maifeier eintritt. Während oben Einigkeit herrscht, wird sie unten noch vielfach vermisst. Viele Führer der Gewerkschaften sind immer noch gegen die Maifeier. Selbst in einem großen Industrieabteilament, in der weiteren Umgebung von Dresden, wo man der Maifeier keine Schwierigkeiten bereite, ist sie durch Gewerkschaftler verhindert worden, und als das erreicht war, rief der Führer: Gott sei Dank, die Vernunft hat gesiegt. Es ist nicht immer aus Gerechtigkeitsgefühl, wenn gegen den Nürnberger Beschluß gestimmt wird. Vielfach geschieht dies aus direkter Gegnerschaft gegen die Maifeier. Nichts ist der bürgerlichen Gesellschaft fürchtbarer, als der Gedanke, eine einheitliche Organisation, die von einem einheitlichen Willen befehle ist, vor sich zu haben.

Ich bin im Grunde gegen jede Beitragsleistung, weil ich gegen eine besondere Unterstützung der eventuell ausgesperrten Maifeierenden bin. Ist aber der Parteitag entgegengesetzter Meinung, so muß auch ein allgemeiner Maibeitrag erhoben werden.

Ich will mich nicht so weit versteinern wie unsere Juristen in der Juristerei anlässlich der Debatten über den Bericht der Mandatsprüfungskommission; aber mit dem gesunden Menschenverstand ist zu finden, daß eine prinzipielle Verweigerung der Parteitagsbeschlüsse einer beharrlichen Verweigerung gleichkommt.

Ich schreie nicht davor zurück, um die Disziplin, die Grundlage unserer Organisation, aufrecht zu erhalten, die Disziplinbrecher auszuschließen. Die Arbeiterbewegung, die ihre jetzigen Führer emporgetragen, kann auch noch andere Kräfte hervorbringen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Von Zwang kann keine Rede sein, wenn es nicht mehr bei uns gefällt, dem steht es frei, aus unserer Organisation zu scheiden.

Lüth-Hamburg: Es scheint, daß sich auch die Genossen, die früher gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai waren, mehr und mehr damit ausgeöhnt haben, daß die Arbeitsruhe die beste Form der Maifeier ist. Nur der Antrag Lübeck scheint aus anderen Erwägungen hervorgegangen zu sein, denn sonst würde ja nicht gewünscht werden, daß sich der Internationale Kongreß abermals mit der Maifeier befaßt. — Die Aufregung und Leidenschaft, in der besonders Simon und Peus gesprochen haben, verstehe ich nicht. Sie war einer

besseren Sache würdig. Beide behaupten, daß es eine Spaltung der ganzen Organisation bedeutet, wenn wir den Nürnberger Beschluß nicht aufheben. Also, wenn die Angehörigen der Partei und der Gewerkschaften am 1. Mai einen Tagelohn abliefern sollen, so wird dadurch die ganze Einheitlichkeit der Partei gefährdet! Wenn das Gefüge der Partei nicht besser ist, dann bangt mir vor der Zukunft und vor den Kämpfen, die wir noch führen sollen. (Sehr wahr!) Gewundert habe ich mich besonders, nicht über Peus, dessen Reden ich ja kenne, aber über Simon, den Führer einer Zentralgewerkschaft. Daß der so spricht, das ist doch stark. Genosse Simon, ein wenig Rücksicht hat man doch zu nehmen, oder will man die Partei schädigen? Eine Gefährdung der Partei ist von der Beibehaltung des Nürnberger Beschlusses keineswegs zu befürchten. Nichts Sachliches ist gegen ihn gesagt worden. Wir werden in Hamburg übrigens auch ohne den Antrag 30 sehr gut fertig. Da dieser Antrag gegen das Organisationsstatut verstößt, braucht er gar nicht angenommen zu werden. Wir können ihn aber nicht zurückziehen, weil er von einem Distrikt gestellt worden ist. Rechnen Sie alle Anträge ab und lassen wir den alten Zustand fortbestehen, sonst würde die Maifeier nur geschädigt werden.

Leinet-Hannover: Die Anträge auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses stehen im Gegensatz zur Auffassung der Maifeier durch die Genossen, die in Parteibetrieben nicht angestellt sind. (Sehr richtig!) Wie wollen Sie die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses rechtfertigen, wenn Sie draußen in den Versammlungen die Arbeitsruhe als die beste Form der Maifeier erklären. Die Parteigenossen, die sich den internationalen Beschlüssen bezüglich der Arbeitsruhe fügen, müssen dann mit Lohneinbußen rechnen, aber diejenigen, die aus den Beiträgen dieser Arbeiter in den Institutionen der Arbeiterklasse besoldet werden, die können nicht einmal einen Tagelohn abführen! (Sehr wahr!) Ich verstehe die Anträge einfach nicht. Von wem gehen sie denn aus? Sie sind sicher nicht von denjenigen Arbeitern gestellt, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, diese Arbeiter gehen aber ein viel größeres Risiko ein, als die paar Mark, die der Arbeitslohn eines Tages ausmacht. (Sehr richtig!) Die ganze Frage ist überhaupt keine Rechtsfrage, denn wenn wir nach dem Recht fragen wollen, dann muß gerade der Beschluß hochgehalten werden. (Zustimmung.) Von einem Gegensatz zwischen dem Nürnberger Beschluß und dem Organisationsstatut usw. kann man gar nicht reden. Ich wundere mich, daß auch die Genossen, die sonst die größten Anforderungen in sozialrevolutionärer Tatkraft an die Genossen stellen, hier für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses eintreten. (Zustimmung und Unruhe. Zurufe der Leipziger Delegierten: Peus!) Das sind dieselben Genossen, die den Massenstreik verlangen, damit in Preußen das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, und hier stellen sie Anträge, damit sie selber am 1. Mai den Tagelohn nicht abführen brauchen. Wie stimmt denn das überein mit ihrer neuen Praxis? (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Der „Stank und Knatsch“, von dem Peus sprach, ist nur den einzelnen Genossen zu verdanken, die ihr angefangen haben, die nicht bezahlen wollen. (Weisfall.) Die Partei selbst hat damit nichts zu tun. Wenn wirklich ein Widerstand gegen den Nürnberger Beschluß besteht, dann fehlt es nur an dem guten Willen der Genossen, ihn zu besiegen. Durch entsprechende Aufklärung über den Beschluß werden sich auch die Härten bei seiner Durchführung abschleifen. Die Einheit der Partei soll von den paar Mark, die man am 1. Mai zu zahlen hat, abhängig sein? Dann müßte es um unsere Partei außerordentlich schlecht bestellt sein. (Sehr richtig!) Statt sich gegen den Beschluß aufzulehnen, sollte man den Genossen ein Beispiel der Disziplin

geben. (Sehr richtig!) Es ist hier gesagt worden, daß nach Aufhebung des Beschlusses mehr Mittel zusammenkommen würden als jetzt. Warum stoßen sich denn dann die Parteigenossen, die nichts zu riskieren haben, die in Parteitrieben unter den besten Arbeitsverhältnissen arbeiten, an der Ausführung dieser Beiträge? (Zuruf: Die wollen keinen Zwang!) Ach, keinen Zwang. Was heißt denn das? Unseren Beschlüssen hat sich doch stets jeder Genosse zu fügen, und wer es nicht tut, muß eben die Konsequenzen ziehen. Die Vortreffenden wollen den Zwang nur nicht, wenn es gilt, Geld zu bezahlen. Es ist traurig, daß man so reden muß, so daß es aussieht, als wolle man sich bei der Masse der Parteigenossen in ein gutes Licht setzen. Das ist aber bei mir nicht der Fall. Ich habe meine Meinung stets vertreten, auch gegen große Mehrheiten und selbst gegen die Gesamtheit. Ich verwahre mich daher gegen den Vorwurf, daß es sehr leicht sei, für die Aufrechterhaltung des Beschlusses zu reden, weil man sich dadurch in ein gutes Licht bei der Masse setze. Ich wollte nur der Gerechtigkeit wegen feststellen, daß die Durchführung des Beschlusses nur an der Knidrigkeit mancher Genossen scheitert. Seine Aufhebung wäre beschämend für den Idealismus der Angestellten und auch der Arbeiter der Parteitriebe. (Zustimmung.) Nicht nur im stillen muß das den angestellten Genossen beigebracht werden, sondern es muß auch durch die Macht der Organisation eingewirkt werden. Der Eventualantrag 29 scheint mir nur gestellt zu sein, um die bestehenden Schwierigkeiten ins Unendliche zu vermehren und durch die Häufung der Widerstände die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zu erzielen. Dagegen müssen wir uns ebenfalls wenden. Nehmen wir daher die Anträge ab. (Lebhafter Beifall.)

**Lipinski-Leipzig:** Reinet hat sehr geschickt die Frage auf ein falsches Gleis geschoben. Was hat denn die Sache damit zu tun, ob die Antragsteller revisionär oder revisionistisch sind? Meine Ausführungen deckten sich mit denen von Reus, es ist also keine Frage der Richtung, sondern der Organisation. (Sehr richtig!) Reinet sagt, die Parteigenossen, die gegen diesen Beschluß gehandelt haben, haben sich zu schämen. (Sehr richtig! Sie haben sich auch zu schämen!) Die erste Differenz, die wir bei der Durchführung des Beschlusses hatten, wurde von Gewerkschaftlern hervorgerufen. (Zuruf: Sind das keine Parteigenossen?) Es sind die Buchdrucker gewesen. (Zuruf: Sind die Buchdrucker keine Parteigenossen?) Die Sache liegt doch so, daß die Buchdrucker durch den gemeinsamen Arbeitsnachweis der Unternehmer und Arbeiter einzustellen sind und daß nach der Parteizugehörigkeit nicht gefragt werden kann. Wenn sie nach der Einstellung Parteimitglieder werden, sind sie höchstens Zwangsparteigenossen. Die paar Mark, die wir durch den Beschluß bekommen, wiegen die dadurch hervorgerufene Störung der Organisationsarbeit nicht auf. Die Differenzen entstehen auch von Organisation zu Organisation. Den Verkäuferinnen der Fleischverkaufsstellen des Konsumvereins Leipzig wurde gesagt, sie seien keine Handlungsgehilfen, sondern Fleischereiarbeiterinnen und gehören in den Fleischerverband. Die Streitfrage beschäftigte die Zentralvorstände der Gewerkschaften. Dann sagte man diesen Verkäuferinnen, die Beiträge würden von ihnen vom Fleischerverband erhoben, obwohl der Fonds doch ein gemeinsamer, von Partei und Kartell geschaffener ist. Die Gehilfinnen in den Konsumgenossenschaften wußten nicht, an wen sie zu bezahlen hatten, und haben infolgedessen gar nichts bezahlt. Die Anregung für den Antrag ist nicht von den Angestellten der Partei und Gewerkschaften ausgegangen, sondern die vier Kreise haben in den Versammlungen die Sache besprochen und den Antrag gestellt. Der Antrag ist also von denen ausgegangen, die die Schwierigkeiten bei der Durchführung kennen. Genosse Hense sagt, in Ham-

burg hätten sie auch mit denen, die nicht zahlen können, keine Schwierigkeiten gehabt, man habe ihnen auf Ersuchen die Zahlung erlassen. Sind denn Parteitagsbeschlüsse mit einem Armbudget zu vergleichen? Wenn übrigens in Hamburg so bereitwillig bezahlt ist, warum liegt denn dann noch heute keine Abrechnung vor? Da kann es doch nur an der mangelnden Bereitwilligkeit zum Zahlen oder an der Säumigkeit der Organisation liegen. Nun zu dem Massenausschusse; der ist ja nach dem Organisationsstatut gar nicht möglich. Auf dem Leipziger Parteitag hat Genosse Müller nach dem Protokoll, Seite 405, für die Durchführung der Beschlüsse zum Bezirksmaifonds ausgeführt, es sei wenig zweckmäßig, den einzelnen Bezirken die Möglichkeit zu geben, obligatorische Beiträge für die Maiausgesperrten auszuschreiben; das werde nur Streit in die Organisation bringen. Diejenigen, die solchen ausgeschriebenen Extrabeitrag nicht bezahlen, können und dürfen deshalb nicht aus der Partei und Gewerkschaft ausgeschlossen werden. (Hört! hört!) Wenn der Ausschluß nicht im Hintergrund steht bei der Nichtabführung eines von einem Bezirk beschlossenen Beitrages, so kann man das auch nicht für einen Beschluß des Parteitages verlangen. Denn beides sind Parteibeschlüsse. Auch kann man wohl einen oder ein halbes Duzend ausschließen, wir aber hätten 300 Konsumvereinsangestellte ausschließen müssen, die unter denselben Voraussetzungen in die Partei kommen, wie die Buchdrucker, nämlich erst, wenn sie angestellt werden. Bei den in unserem Bezirk aufzubringenden Mitteln von etwa 140 000 Mk. kommt es auf den Betrag von 8600 Mk., den der Beitrag gebracht hat, gar nicht an, aber die ganze Streitfrage schaffen wir uns vom Hals, wenn wir den unklar gefaßten Beschluß beseitigen. Wie ist er denn zustande gekommen? Die Angestellten haben in Nürnberg gar nicht dagegen stimmen können, weil sie dann den Anschein erweckten, sie stimmen nur des zugemuteten Opfers wegen dagegen, und nur etwa 40 Delegierte haben dafür gestimmt. Die Partei soll soviel Einsicht haben, einen undurchführbaren unklaren Beschluß, oder einen, der gegen die gleichmäßige Belastung der Genossen verstoßt, aufzuheben. (Sehr richtig!) Mir ist soeben mitgeteilt worden, daß die Lagerhalter in Hagen beschloßen haben, gar keinen Beitrag abzuführen. Sollen wir nun dort Krakeel anfangen, wie wir ihn in allen anderen Orten mit großen Parteigenossenschaften haben. Wenn wir die Schlagkraft der Partei davon abhängig machen, ob ein paar Mann Geld für die Partei abführen, so ist es schlecht um die Partei bestellt.

**Sofie Ennenbach-Frankfurt a. M.:** Ich möchte Sie bitten, alle Anträge abzulehnen, die die Aufhebung oder auch nur eine Abschwächung des Nürnberger Beschlusses herbeiführen wollen, und zwar leblich wegen des Buchdruckes, den das nach außen auf die Arbeiter machen würde. Das hiesige Parteiblatt hat vor einigen Tagen geschrieben, daß das Geld, was hierfür eingezahlt, nicht der Rede wert ist, und nicht im Verhältnis zu der Erbitterung steht, die unter den Genossen hervorgerufen wird. Aber daß deshalb überhaupt eine Erbitterung entstehen kann, ist außerordentlich bezeichnend. Das ist traurig (Sehr richtig!); es ist so viel von der Erbitterung der Angestellten gesprochen worden, wenn sie den Beitrag abliefern sollten, aber viel zu wenig von der Erbitterung der übrigen Genossen, wenn sie ihren Tagesverdienst einbüßen sollen, während die Angestellten sich davon drücken wollen. (Sehr gut!) So sagt es der Arbeiter auf. Der Arbeiter, der gewöhnlich bedeutend schlechter gestellt ist als der Parteiangestellte, muß doch auch seinen Tagesverdienst abführen, und er setzt sich noch dazu der Gefahr der Maßregelung aus. Es ist ferner gesagt, die Angestellten müssen soviel freie Zeit im Dienste der Arbeiterbewegung opfern, und speziell am 1. Mai müßten sie schließlich noch

mehr arbeiten als sonst. Aber das trifft doch für die nichtangestellten Genossen, die in der Arbeiterbewegung tätig sind, ebenso zu. (Sehr richtig!) Wir alle, ob wir angestellt sind oder nicht, müssen natürlich Opfer an Zeit und Gesundheit bringen. Aber das tun wir aus Idealismus, dafür dürfen wir uns nicht bezahlen lassen. Wir dürfen keine Vergünstigung verlangen. (Lebhafte Zustimmung.) Es genügt auch nicht, daß der Angestellte pro tausend Mark Jahresverdienst nur eine Mark abliefern soll. Dem Arbeiter, der nur tausend Mark und in vielen Fällen noch weniger verdient, dem zieht der Unternehmer auch nicht nur 1 Mk. ab; so bitter es ihm ankommt, er muß seinen Tagesverdienst opfern. Wenn der Beschluß als undurchführbar bezeichnet ist, so weise ich darauf hin, daß, wenn ein Angestellter nach zweimaliger Aufforderung sich weigert, den Betrag abzuführen, die Vorauszahlung der beharrlichen Weigerung gegeben ist. Wenn wir den Beschluß aufrecht erhalten wollen, so müßte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir ihn nicht auch durchzuführen könnten. (Sehr richtig!) Wohin sollten wir denn in einer Millionenpartei kommen, wenn die Disziplin in den vordersten Reihen fehlt. (Sehr wahr!) Ich möchte Sie deshalb bitten, alle Anträge abzulehnen. (Lebhafte Beifall.)

**Klupsch-Dortmund:** Es wäre besser gewesen, wenn Genosse Hense-Hamburg seine Ausführung über die Zehntausend-Mark-Gehälter nicht gemacht hätte. (Sehr richtig!) Wo werden denn in der Arbeiterbewegung so hohe Gehälter gezahlt? (Zuruf: Großeinkaufsgesellschaft!) Solche Ausführungen sind nur geeignet, wieder neue Streitpunkte in die Bewegung zu werfen. Ebenjowenig trifft es zu, daß wir uns lediglich deshalb mit der Frage beschäftigen, weil vielleicht einige Konsumvereinsangestellte sich weigern, ihren Tagesverdienst abzuführen. Wir Angestellte wünschen nicht die Aufhebung des Beschlusses, aber schwierig wird die Frage, weil unter den Beschluß auch diejenigen Arbeiter fallen, die in Parteigeschäften tätig sind. Wir haben ja gehört, daß bereits eine Anzahl Wahlfreie Ausschlußanträge angenommen haben. Auch bei uns ist das der Fall, wir konnten es nicht hindern. Wir sind uns aber noch nicht klar darüber, wie die Sache geregelt werden soll. Wenn nur die Buchdrucker ihren Tagelohn nicht abführen, dann will man sie ausschließen. Ist denn überhaupt die Wahn für den Ausschluß so ohne weiteres freigegeben? Ein Ausschluß kann doch nur erfolgen, wenn eine beharrliche Weigerung, Parteitagbeschlüssen nachzukommen, vorliegt. In den Beschlüssen bezüglich der Arbeitsruhe ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß jeder gewerkschaftlich oder politisch organisierte Arbeiter verpflichtet ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, sofern ihm wirtschaftliche Nachteile nicht entstehen. Die Buchdrucker können ja auch sagen, daß sie wirtschaftliche Nachteile haben. Diese Frage wird bei der Behandlung der Ausschlußanträge eine sehr wichtige Rolle spielen. Wenn wir die Buchdrucker ausschließen, so haben wir den Streit für immer in die Arbeiterbewegung hineingetragen, und zwar zunächst in unsere eigenen Betriebe. Heute können wir die Frage nicht durch einen Beschluß erledigen. Wir werden erst die gewerkschaftlichen Institutionen hören müssen. Ich schlage vor, daß wir die ganze Frage vertagen und sie dem Vorstand zur nochmaligen Prüfung unter Hinzuziehung der Generalkommission überweisen, damit er uns auf dem nächsten Parteitage Vorschläge macht. Die schwebenden Ausschlußverfahren müssen bis dahin ruhen.

**Müller-Trier:** Es würde einen schlechten Eindruck im Lande machen, wenn wir jetzt den Beschluß aufheben müßten. Es wird ja nichts weiter verlangt, als daß auch die Angestellten in gewiß beschreibener Weise befehlen, daß sie auch bereit sind, für die Maifeier ein Opfer zu bringen. Seinerzeit wollten die Frankfurter mit ihrem Antrage aber die Maifeier geradezu erdroffeln.

Es wäre eine ungeheure Schwäche, wenn wir die Verhöhnung der Parteitagbeschlüsse, wie sie in dieser Frage durch Gewerkschaftler zutage getreten ist, dulden würden. Wir sollten heute einmütig befehlen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai möglichst würdig begangen werden muß. Wir müssen nach Mitteln trachten, um einen Fonds zu schaffen, der die Opfer der Maifeier sichert. Wir stehen großen Schwierigkeiten gegenüber. Trotzdem muß der Beschluß durchgeführt werden. Wer in die Partei eintritt, muß sich auch den Beschlüssen fügen, selbst wenn er ein Buchdrucker ist. Wer das nicht will, der muß die notwendigen Konsequenzen ziehen. Ich bin daher für den Antrag 30. Es ist ein bedauerliches Zeichen, wenn wir in der Partei Tausende von Genossen haben, die Parteitagbeschlüsse nicht durchführen.

**Schubert-Spandau:** Es handelt sich bei der Abführung des Tagesverdienstes vom 1. Mai keineswegs um eine Sonderbesteuerung, wie man hier immer behauptet. Wenn auch die Angestellten und die in den Arbeiterbetrieben beschäftigten Genossen veranlaßt werden, den Tagesverdienst abzuführen, so entspricht das nur dem Gerechtigkeitsgefühl den feiernden Arbeitern gegenüber, da sie doch keinerlei Maßregelungen zu gewärtigen haben, während doch die Arbeiter durch die Arbeitsruhe an diesem Tage oft ihre gesamte Existenz aufs Spiel setzen. Die Parteigenossen in Kottbus haben ausdrücklich erklärt, daß sie den Beitrag nicht leisten wollen. Sie haben uns vorgerechnet, was sie am 1. Mai für Aufwendungen haben, und daß dadurch ihr Tagesverdienst aufgebraucht wird. Auch die Parteigenossen in Brandenburg haben erklärt, sie wären auf Grund des Tarifvertrages verpflichtet, den Tagesverdienst nicht abzuführen. Die Disziplin ihrer gewerkschaftlichen Organisation verpflichte sie dazu, sich zu weigern. Wir verlangen für unsere Beschlüsse aber dieselbe Disziplin wie die Gewerkschaften. Wenn Gewerkschaftler behaupten, sie könnten am 1. Mai nicht feiern, weil die Arbeitslosenunterstützungen zu zahlen sind und sie ihr Bureau nicht schließen wollen, so richtet sich das von selbst; dann können sie die Unterstüßungen doch einen Tag früher zahlen. Die Arbeiter im Lande würden es nicht verstehen, wenn wir den Beschluß jetzt aufheben wollten. Lehnen Sie alle Anträge ab, sonst gibt es noch mehr Paß wie bisher. Lassen Sie den Beschluß bestehen, dann werden wir unter den Parteigenossen eine noch größere Einheit erzielen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.  
Es folgen persönliche Bemerkungen.

**Güller-Frankfurt:** Es ist gesagt worden, der Antrag sei gestellt, um die Maifeier überhaupt abzuschaffen. Eine solche Unterstellung weise ich aufs nachdrücklichste zurück. In Frankfurt hat ein Antrag auf Abschaffung der Maifeier noch nie Annahme gefunden.

**Hense-Hamburg:** Lipinski zog aus meiner Bemerkung, daß die Abrechnung von Hamburg noch nicht vorliegt, den Schluß, mit der Einkassierung der Tagelöhne stehe es bei uns wohl schlecht. Er hat offenbar keine Ahnung von dem Umfang der Maifeier in Hamburg. (Sehr richtig!) Die Genossen mit 12 000 Mk. Jahreseinkommen, von denen ich gesprochen habe, haben nicht jetzt, sondern vor zwei Jahren sich geweigert, die Beiträge abzuführen.

**Simon-Mürnberg:** Reinert imputiert denjenigen, die für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses eintreten, als innere Ursache, sie wollten den Beitrag nicht bezahlen. Für mich und wohl auch für die übrigen, die hier gesprochen haben, weise ich das entschieden zurück.

**Reuss-Dessau:** Mehrfach ist gesagt, man müsse sich schämen, daß Parteiangestellte für die Aufhebung des Beschlusses eintreten. Nachdrücklich will ich feststellen, daß wenigstens in Dessau von Parteiangestellten und deren Wünschen



keine Rede ist. Ich habe von Arbeitern gesprochen, die in Parteibetrieben tätig sind und die ich nicht als Parteiangestellte ansehe, und gerade in diesen Betrieben kommen die Schwierigkeiten vor.

Leinert: Gegenüber Simon habe ich nur zu sagen, ich habe nicht gesagt, diejenigen, die hier Anträge vertreten, weigern sich, die Beiträge zu bezahlen, sondern diejenigen, die draußen, um den Ausdruck von Peus zu gebrauchen, den Stank machen, sind es auch, die sich weigern zu bezahlen.

Das Schlußwort erhält

Pfannkuch: Ich konnte heute morgen feststellen, daß der Gedanke der Maisfeier Fortschritte gemacht hat und die früheren verschiedenen Widerstände gegen sie in Anträgen zum Parteitag nicht mehr zum Ausdruck gekommen sind. Nach dieser Richtung ist von keinem Diskussionsredner ein Einwand erhoben worden. Meine Behauptung ist also richtig, die Maisfeier macht Fortschritte und wird weitere Fortschritte machen.

Ein Redner legt es dem Parteivorstand nahe, so wie in diesem Jahre auch in Zukunft die Maisfeier durch Herausgabe eines besonderen Flugblattes zu unterstützen. Ich kann im Namen des Parteivorstandes versichern, daß das geschehen wird.

Weiter sprach ich heute morgen davon, daß wir zu dem Antrag 90 nicht Stellung nehmen, weil wir sonst leicht in den Verdacht kommen könnten, pro domo zu sprechen. Wie recht ich damit hatte, haben die Ausführungen verschiedener Redner gezeigt.

Schon auf dem vorigen Parteitag in Magdeburg hat Kollege Müller darauf hingewiesen, wie der Nürnberger Beschluß zu Ungerechtigkeiten führt. Ich will es unterlassen, weiteres Material hinzuzufügen. Einerlei, wie der Parteitag entscheidet, die zu wählende Parteileitung wird nach Recht und Gewissen den Beschluß respektieren und, soweit es in ihrer Macht liegt, zur Durchführung bringen.

Ich habe mich gewundert, daß Lipinski, der doch die Organisationsstatuts könne es hindern, daß auf Grund der Nichteinhaltung des Nürnberger Beschlusses ein Ausschlußverfahren gegen Parteimitglieder eingeleitet werden könne. Er interpretiert den Ausdruck „beharrlich“ so, daß etwas, was in diesem Jahr vorgekommen ist, im nächsten oder vielleicht auch noch im zweitnächsten Jahr begangen werden müsse. Ich stehe ja wohl nicht in dem Verdacht, juristische Spitzfindigkeiten vortragen zu wollen, aber auch schon vor mir hat ein Genosse ausgeführt, daß man unter „beharrlicher Weigerung“ auch etwas anderes verstehen kann. § 23 unseres Statuts kann sicherlich da angewendet werden, wenn sich Parteigenossen weigern, gemäß dem Nürnberger Beschluß den Betrag eines Tagesverdienstes an die zuständige Kasse abzuführen. Die zuständige Kasse ist weder die Partei- noch die Gewerkschaftskasse, sondern die der zuständigen Bezirkskommission, die eigens hierfür eingesetzt ist. Weigert sich ein Angestellter, seinen Pflichtteil zu entrichten, so hat sich die Kommission an die Parteiorganisation, der der Betreffende angehört, mit der Mitteilung der Weigerung zu wenden. Die Parteiorganisation wird den Betreffenden auffordern zu zahlen und wird ihm nahelegen, warum er das muß. Werden diese Gründe nicht anerkannt, oder Gegengründe geltend gemacht, so werden auch diese noch einmal gewürdigt, bei weiterer Weigerung aber, meine ich, liegt beharrliche Weigerung vor. (Sehr richtig!) Dann hat aber nicht der Parteivorstand und auch nicht die Bezirkskommission zu entscheiden, sondern die zuständige Parteiorganisation, der der Sichweigernde angehört, hat das Recht, ordnungsgemäß den

Antrag auf Ausschluß des Betreffenden zu stellen, und dann wird nach dem heutigen Stande unserer Rechtsprechung zunächst die Bezirksorganisation, bezw. der Bezirksvorstand als zuständige Instanz zu prüfen haben, ob eine beharrliche Weigerung vorliegt. Wenn der Betreffende nicht mit der Entscheidung des Bezirksvorstandes zufrieden ist, dann steht ihm das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen, und wenn dieses nach eingehender Prüfung findet, daß beharrliche Weigerung vorliegt, dann sehe ich kein Hindernis für einen Ausschluß.

Die Frage, ob nicht bei Maisfeieraussperrungen überhaupt keine Unterstützung gezahlt werden soll, würde uns wieder in die Debatten führen, die erst zur Regelung und Ordnung des ganzen Unterstützungswesens geführt haben. Soweit die Unterstützungspflicht den Gewerkschaften oblag, hat sich meines Wissens keine geweigert, die statutengemäße Unterstützung zu zahlen. Wenn der betreffende Redner meinte, daß gerade ein solcher Idealismus der Parteigenossen die Unternehmer vor dem Aussperrungsterrorismus zurückschrecken lassen würde, so meine ich im Gegenteil, daß sie sich gegenwärtig nicht auf eine pro forma vorgenommene ein- bis dreitägige Aussperrung beschränken würden, wenn sie nicht wüßten, daß hinter ihren Arbeitern die Solidarität der Organisation steht, um ihnen den Lohnausfall zu ersetzen. Gerade das Unterstützungswesen, wie es jetzt geregelt ist, ist das beste Bollwerk gegen den Terrorismus der Unternehmer.

Ein anderer Redner hat ausgeführt, daß nach dem Tarif der Buchdrucker eingeschobene Feiertage bezahlt werden müßten. Das ist ganz selbstverständlich. Unsere Geschäfte bezahlen die Feiertage, darüber brauchen wir gar nicht erst zu reden. Aber die Geschäfte ziehen den Betrag eines Tagesverdienstes nicht ab, es steht im Ermessen der Parteigenossen, ob sie diesen Betrag zahlen wollen und sich damit als gute Parteigenossen zu deklarieren, oder die Zahlung zu verweigern und die Rechtsfolgen, die sich nach dem Organisationsstatut daran knüpfen, zu tragen.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, muß auch ich mich entscheiden dagegen werden, daß hier von Partei- und Gewerkschaftsangeestellten gesprochen wurde, deren Gehalt 10 bis 12 000 Mark beträgt. Es soll nicht einmal der Anschein erweckt werden, als ob tatsächlich bei uns solche Gehälter bezahlt würden. Aus meiner Kenntnis der Dinge kann ich die Erklärung abgeben, daß Gehälter von 6000 Mark nur an drei oder vier Parteiangestellte in Redaktionen oder Parteigeschäften bezahlt werden. Ueber diesen Betrag hinaus wird in der ganzen Partei kein Gehalt bezahlt und soweit ich weiß auch in der Gewerkschaftsbewegung nicht. (Zuruf: Da erst recht nicht, nicht halb soviel!) Wenn solche Gehälter von der Großeinkaufsgesellschaft gezahlt werden, so ist das darauf zurückzuführen, daß dort Einrichtungen bestehen dürfen, der Art, daß die Genossenschaftsmitglieder bisher über die Gehaltsfrage nicht mitzureden gehabt haben, sondern bestimmte Instanzen befugt und berechtigt sind, die Gehälter festzusetzen. Diese werden geglaubt haben, auch so hoch honorieren zu müssen, um entsprechend tüchtige Leute anzustellen. Es ist also eine Legende, daß in der Partei oder in den Gewerkschaften Gehälter von 10 bis 12 000 Mark gezahlt würden. Die Hälfte davon ist das Höchstmäß und dieses erhalten nur drei oder vier Personen in der gesamten Partei. (Lebhaft allgemeine Zustimmung.)

Glauben Sie nun, daß der bestehende Zustand länger ertragen werden kann und daß nach den Darlegungen über die Rechtsauffassung und Auslegung unseres Organisationsstatuts der Nürnberger Beschluß von der Partei auch bis in die letzten Konsequenzen durchgeführt werden kann, dann haben

ſie gegen die Anträge zu ſtimmen. Glauben Sie aber, daß die Ungerechtigkeiten, die unter dem gegenwärtigen Zuſtand vorhanden ſind und teilweise noch umfangreicher ſind, als ſie hier in der Diſkuſſion zutage getreten ſind, erſcheint Ihnen der jetzige Zuſtand als das größte Uebel, dann haben Sie die Anträge anzunehmen. (Beifall.)

Es wird abgeſtimmt.

Der Antrag 27 wird mit 153 gegen 139 Stimmen angenommen. Antrag 28 wird mit 152 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Das Reſultat wird mit Beifall begrüßt.

Damit iſt auch der erſte Teil des Antrages 29 erledigt.

Der zweite Teil des Antrages 29 wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Vorſitzender Dieß: Der Antrag 30 iſt zurückgezogen. (Verſchiedene Delegierte ruſen: Wir nehmen ihn wieder auf!) Der Antrag iſt zurückgezogen, dabei muß es ſein Bewenden haben. Ich kann es nicht geſtatten, daß der Antrag wieder aufgenommen wird. (Widerſpruch.) Dann müſſen Sie ſchon bis zum nächſten Parteitag warten. (Heiterkeit.)

Ludwig-Hagen: Ich habe den Antrag auf namentliche Abſtimmung mitunterzeichnet und ich muß erklären, daß der Parteitag durch Zurückziehung des Antrages irreführt iſt. (Sehr richtig!) Die Abſtimmung würde anders ausgefallen ſein. Das iſt ein Unſug. (Anruhe und Zuſtimmung.)

Zietſch-Charlottenburg: Ein ganz Teil von Delegierten hat gegen den Antrag 28 nur in der Annahme geſtimmt, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, dadurch den Nürnberger Beſchluß konſequent durchzuführen. (Sehr richtig!) Es entſpricht nicht der parlamentariſchen Geſtaltung, daß, nachdem in der Diſkuſſion über einen Antrag ſo viel geſprochen iſt, und nachdem man ſich auf beſtimmte Anſchauungen feſtgelegt hat, nicht die Möglichkeit beſteht, einen Antrag, der zurückgezogen wird, wieder aufzunehmen. Es iſt illogiſch, einen Antrag im letzten Augenblick vor der Abſtimmung zurückzuziehen. (Sehr richtig!) Ich nehme den Antrag 30 wieder auf.

Vorſitzender Dieß: Die Wiederaufnahme des Antrages 30 kann ich nicht geſtatten, es ſei denn, daß Sie in einer ſpäteren Zeit unter Zuſtimmung des Parteitages, vielleicht bei „Sonſtigen Anträgen“, dieſe Sache nochmals auf die Tagesordnung bringen. (Widerſpruch.) Jetzt iſt die Angelegenheit für den Parteitag erledigt.

Simon-Nürnberg: Es erſcheint mir etwas ungewöhnlich, daß, wenn ein Antrag zurückgezogen wird, ein anderer ihn nicht wieder aufnehmen dürfen ſollte. (Sehr richtig!) Es iſt auch auf allen unſeren Parteitagen bisher Geſtaltung geſehen, daß zurückgezogene Anträge ſofort wieder von anderer Seite aufgenommen werden konnten (Sehr wahr!), und das Bureau hat die Pflicht, die Unterſtützungſfrage zu ſtellen. Wird der Antrag unterſtützt, dann muß er zur Abſtimmung geſtellt werden. (Zuſtimmung.)

Lipinski-Leipzig: Die biſherigen Abſtimmungen ſind unter der Vorausſetzung erfolgt, daß man bei einer ſpäteren Abſtimmung ein anderes Votum abgeben kann. Wenn alſo der Antrag zurückgezogen werden ſollte, ſo hätte das vor der Abſtimmung geſchehen müſſen. (Sehr richtig!) Ich während der Abſtimmung zurückzuziehen, wo man nicht mehr ein anderes Votum abgeben kann, iſt unzuläſſig. (Sehr wahr!)

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich kann mich den Ausführungen des Vorredners nur anſchließen. Iſt es unzuläſſig, einen Antrag nach Schluß der Debatte wieder aufzunehmen, dann muß es auch unzuläſſig ſein, ihn nach Schluß der Debatte zurückzuziehen. (Sehr wahr!)

Grüger-Dresden: Ich mache darauf aufmerkſam, daß, auch ohne daß wir einen Beſchluß faſſen, doch das Ausſchlußverfahren wegen Verſtoßes gegen den Nürnberger Beſchluß eingeleitet werden kann.

Vorſitzender Dieß: Die Genossen, die vorher geſprochen haben, ſind im Irrtum. Der Antrag iſt zurückgezogen. (Zuruf: Wann?) In dem Augenblick als wir uns in der Abſtimmung befinden. (Auf: Na alſo!) Ein Antrag kann bis zum letzten Augenblick zurückgezogen werden, es kann dann aber nicht ein Dritter kommen und ihn wieder aufnehmen. (Lebhafte Widerſpruch.)

Emmel-Mühlhauſen: Von dem Augenblick an, wo ein Antrag unterſtützt und zur Diſkuſſion geſtellt iſt, kann ein einzelner Antragſteller ihn nicht mehr zurückziehen. Es muß doch auch denen, die den Antrag unterſtützt haben, die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung dazu zu ſagen, denn ſonſt könnte der Parteitag in jedem Augenblick geſenſt werden.

Städthagen: Es müßten mindeſten alle die, die den Antrag unterſtützt und ihn dadurch zu dem übrigen gemacht haben, ihn zurückziehen. Dieſe aber haben ihre Zuſtimmung jedenfalls nicht gegeben. Auch im Reichstage kann ein Antrag ausdrücklich zu jedem anderen wieder aufgenommen werden. Es iſt ja ganz klar, daß auch wir ſo verfahren müſſen, denn ſonſt viele ſtellen einen Antrag nicht, weil er ſchon von anderer Seite geſtellt iſt, und es würde dann die wirkliche Meinung nicht zum Ausdruck kommen.

Vorſitzender Dieß: Es iſt doch ganz unmöglich, daß ein Antragſteller ſich mit allen denen, die ſeinen Antrag unterſtützt haben, in Verbindung ſetzt. Daß die Zurückziehung eines Antrages zuläſſig iſt, unterliegt keinem Zweifel. Zweifelhaft bleibt nur, ob ein Dritter einen im allerletzten Stadium der Verhandlung zurückgezogenen Antrag wieder aufnehmen kann. Ein ähnlicher Fall iſt bisher noch auf keinem Parteitag vorgekommen. (Hoch: Magdeburg!) Ach, Genosse Hoch, was Sie über Magdeburg ſagen, ſtimmt nicht! Als Genosse Haase dort ſagte, wir ziehen den Antrag auf namentliche Abſtimmung zurück, weil wir die Zeit des Parteitages nicht unnütz in Anspruch nehmen wollen, da hat Genosse Hoch erklärt, dann nehme ich ihn wieder auf. Hätte der Antragſteller hier erklärt, ich ziehe den Antrag auf namentliche Abſtimmung zurück, dann hätte ein Dritter ihn wieder aufnehmen können, kein Wort der Entgegnung wäre dann von mir gefallen. (Zuruf: Magdeburg!) In Magdeburg war es ganz anders. Sie werden mir nicht einen einzigen Fall aus der ganzen Parteigeſchichte nennen können, wo ein Antrag, nachdem er zurückgezogen war, im letzten Moment wieder aufgenommen wurde. Ich will Ihnen aber entgegenkommen und den Parteitag fragen, ob er den Antrag 30 wieder aufnehmen will. Die namentliche Abſtimmung iſt dabei nicht einbegriffen. Ich frage alſo, ob der Parteitag es geſtattet, daß Zietſch den Antrag wieder aufnimmt. Eine Diſkuſſion über den Antrag ſelbſt bliebe im Falle der Annahme des Antrages ausgeſchloſſen.

Der Parteitag erklärt die Aufnahme des Antrages 30 für zuläſſig.

Auf Antrag von Zietſch wird über den Antrag namentlich abgeſtimmt.

Vor der Abſtimmung erklärt

Vorſitzender Dieß: Das hätten die Zurückzieher uns ersparen können. Dieſes Vorkommnis wird Anlaß ſein, unſere Geſchäftsordnung einer ſehr gründlichen Reviſion zu unterziehen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Der Antrag 30 wird mit 279 gegen 101 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Mit Ja haben geſtimmt: Agnes, Albrecht, Andratschke, Antkes, Ap-1, Ambrust, Auer, Bartels, Baudert, Baumgärtel, Beckmann, Bender-Eberfeld,

Wender-Breunagesheim, Berger, Biniazkiewicz, Bischoff, Bittorf, Bod, Böhle, Braun, Brey, Büchel, Büchner-Frankfurt a. O., Büchner-Berlin, Buchmann, Budde-Lüdenscheid, Budde-Berlin, Buhl, Bühler, Busold, Crispian, Dams, Demmer, Diederich, Diefenbach, Diez, Diez, Ditzmann, Dittmann, Dörnte, Donalies, Dümel, Dunder, Ebert, Eder, Eggen, Eichhorn, Eichler, Eilert, von Elm, Engelhard, Ennenbach, Emmel, Erkrath, Ernst-Berlin, Ernst-Stettin, Ewers, Ewald, Faber, Fasrenwald, Faulstich, Feldmann, Fischer-Gannstatt, Fliegner, Frelino, Fröhlich, Frohme, Galle, Ged, Gese, Gehrmann, Giebel, Giermann, Göllner, Gölzer, Gogowshy, Gradnauer, Grauer, Groger, Große, Grimmer, Grünberg, Grütz, Günther, Haase, Hadelbusch, Hagen, Hartleib, Haupt, Haber-Kamp, Heinrich, Keller, Hengsbach, Auguste Hennig, Paul Hennig, Hermann Hennig, Herxath, Herzberg, Herzfeld, Heßhold, Hierl, Hildenbrand, Hinke, Höllein, Hoch, Adolf Hoffmann-Berlin, Paul Hoffmann-Berlin, Paul Hoffmann-Hamburg, Hoffmann-Eberfeld, Hofrichter, Hopfe, Horlich, Hösing, Huber, Hunsche, Jäckel, Jaffe, Jakobson, Jöckel, Jordan, Juchacz, Jungnickel, Kaden, Kahmann, Kaiser, Kinkel, Klupsch, Knauer, Knaut, Knoth, König, Kobur, Kraßmann, Krause, Kröger, Krüger-Dresden, Krüger-Barmen, Kullmann, Künke, Kumerz, Kurz, Langer, Laufenberg, Lange, Lau, Ledebour, Leinert, Leber, Lehmann-Dresden, Lemenhols, Legien, Leutert, Lepich, Leben, Leg, Linde, Linder, Linke, Lühner, Lippmann, Lippmann, Lüth, Lüsse, Ludwig, Lutz, Luyemburg, Maas, Mad, Maier, Maischle, Metzger, Möller, Mollenbuehr, Müller-Trier, Müller-Tempelhof, Müller-Berlin, Müller-Karlshorst, Müller-Dreslau, Nimmerfall, Novagrotski, Obermeyer, Dertel, Oltmann, Ott, Panzer, Päßel, Banneloef, Pauling, Pfannkuch, Pöhl, Pöller, Pöhner, Prehm, Pütz, Raab, Rauch, Raute, Reike, Reimand, Ritter, Roth, Rudolph, Runge, Ruppstein, Johanna Rühle, Otto Rühle, Rollwagen, Rosenfeld, Sämann, Sassen, Jof. Simon, Süßheim, Seger, Seige, Grete Simon, Schäfer, Sämmerl, Sidow, Seelmann, Seiring, Schöpfkin, Scholich, Scholz, Schünning, Schulz, Schuster, Schubert, Schumann, Schröder, Klara Schröder, Schrotz, Schadow, Schallbruch, Schaumburg, Schluchtmann, Scheidemann, Schelz, Scheibe, Scheib, Schinheim, Schmidt-Meißel, Schneydenhorts, Schwenk, Stadthagen, Starosson, Stegen, Stelling, Stengels, Steuber, Stöter, Stolle, Strobl, Stubbe, Strube, Thabor, Teubert, Thiele, Thierfelder, Tiede, Tepper, Voigt, Wadtwig, Wagner, Walter-Höchst a. M., Walter-Laufamholz, Weber-Halberstadt, Weiß-Poltschappel, Wels, Wengels, Werner, Webers, Weick, Wolf-Döhlen, Zeilin, Zimmer-Deuben, Zimmermann, Zyllegan, Ziez, Zietsh.

Mit Nein haben gestimmt: Barthel, Baumann, Benz, Bien, Blase, Brandenburg, Brüdner, Brihne, Cohn, David-Berlin, David-Rosen, Reichmann, Döhner, Drecher, Eberle, Engler, Faist, Friedländer, Fuhrmann, Geher, Göhre, Gottschall, Grzesinski, de Haas, Häfner, Häußer, Heinge, Heitmann, Hente, Henje, Helmstädter, Hilbrandt, Hilpert, Hüpler, Karl Hoffmann-Herford-Galle, Hug, Hufemann, Jasper, Jentsch, Kaufmann, Keil, Kleeftoot, Kieh, Klose, Knie-riem, Krug, Kupferschmidt, Landsberg, Reese, Renich, Lehmann-Mannheim, Liebnecht, Lipinski, Maurer, Meier, Menzel, Michelsen, Mitz, Müller-Düffel-dorf, Müller-Chemnitz, Müller-Weidau, Nitsch, Oswald, Peus, Pollender, Quessel, Reich, Reihhaus, Renz, Rhytel, Sacke, Severing, Seel, Anna Simon, Silberichmidt, Schnitzler, Schäfer, Schröder-Berlin, Schiebel, Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schneider, Schwarz, Stodinger, Strobel, Sturmfeld, Timm, Thöne, Töneböhn, Trost, Ulrich, Unbeutlich, Uhlig, Weber-Griesheim, Wehle, Weiß-Edernförde, Wicklein, Wolf-Dietz, Wolf-Grimmitschau, Zentler, Zimmer-Johanngeorgenstadt.

Der Stimme enthalten: Mühs-Magdeburg.

Damit ist die Frage der Maisfeier erledigt.

Vorsitzender Diez: Ich komme Ihnen mit einem ungewöhnlichen Vorschlag. Bisher wurde die Vorschlagsliste für die Vorstandswahl ohne weiteres gedruckt und verteilt. Diesmal bin ich von verschiedenen Seiten ersucht worden, die Namen der Vorgesetzten zu verlesen, bevor die Liste verteilt wird.

Es handelt sich zunächst um die Vorschläge für den Parteivorstand. Als Vorsitzende werden vorgeschlagen Auguste Weibel-Berlin, Fritsch Ebert-Berlin und Hugo Haase-Königsberg. Davon sind zwei als Vorsitzende zu wählen.

Als Kassierer wird vorgeschlagen Albin Gerisch-Berlin.

Für die Schriftführer werden folgende Vorschläge gemacht: Braun-Königsberg, Ebert-Berlin, Mollenbuehr-Berlin, Hermann Müller-Berlin, W. Pfannkuch-Berlin, Rudolph-Frankfurt a. M., Scheidemann-Kassel. Davon sind sechs Schriftführer zu wählen.

Als Beisitzerin wird vorgeschlagen Luise Ziez-Berlin. Die beiden anderen Beisitzer werden nach dem Statut von der Kontrollkommission gewählt.

Für die Kontrollkommission werden folgende Vorschläge gemacht: Linchen Baumann-Hamburg, Bod-Gotha, Brey-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Ernst-Berlin, Ged-Offenburg, Dr. Gottschalk-Königsberg, Hengsbach-Köln, Hildenbrand-Stuttgart, Kaden-Dresden, Löbe-Dreslau, Stubbe-Hamburg, Timm-München und Klara Zetkin-Stuttgart.

Von diesen 14 Vorgesetzten sind 9 zu wählen.

Vorsitzender Diez: Ich bin von Linchen Baumann ersucht worden, mitzutellen, daß sie die Kandidatur ablehnt. Dieser Name ist also zu streichen.

Ebert: Zu meinem Bedauern ist trotz dringenden Abtraten meinerseits mein Name auf die Vorschlagsliste für die Wahl der Vorsitzenden der Partei gekommen. Ich erkläre, daß ich unter keinen Umständen zur Wahl der Vorsitzenden kandidiere, vielmehr empfehle ich die Kandidatur Haase. Ich bitte deshalb, meinen Namen zu streichen. (Bravo!)

Legien: Es ist meines Wissens das erste Mal, daß ohne erkennbare sachliche Gründe ein Genosse, der für einen der höchsten Ehrenposten der Partei vorgeschlagen wird, ablehnt. Meines Erachtens liegen in diesem Falle erkennbare sachliche Gründe wirklich nicht vor. Ebert hat, das dürfte allgemein bekannt sein, bei vollständig kollegialem Zusammenarbeiten mit den Kollegen im Bureau seit Jahren im Parteivorstande die Arbeiten gemacht, die in gewisser Beziehung einen im Parteibureau ständig tätigen Vorsitzenden zufallen würden. Ebert hat auf der anderen Seite, und das kommt als besonders wichtiger Umstand in Betracht, vielfach an den Verhandlungen über die nicht unerheblichen und zahlreichen Differenzen in den einzelnen Landesorganisationen teilgenommen, und es ist ihm gelungen, diese Differenzen beizulegen, mit Ausnahme des Stuttgarter Falles, wo ja eine Einigung vorläufig ausgeschlossen erscheint. Er hat nach dieser Richtung hin eine überaus glückliche Hand gehabt, und das ist es, was meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation die Partei am dringendsten braucht. Gegenwärtig sowohl, wie vielleicht in der nächsten Zeit, wird es wesentlich darauf ankommen, daß wir den Posten eines Vorsitzenden mit einem Genossen besetzen, der nach der genannten Richtung hin ausgleicht, der bei Differenzen den nötigen Takt und ein gewisses Geschick bisher bewiesen hat. (Sehr richtig!) Infolgedessen scheint es mir unrichtig, daß Ebert zurücktritt. Weiter soll eine Kommission von 21 Mitgliedern eingesetzt werden zur Reorganisation des Parteivorstandes. Unter diesen Umständen verfährt man,

so meine ich, richtig, wenn man zunächst diejenigen Genossen bei der Besetzung der Posten, hier des Vorsitzenden, in Aussicht nimmt und wählt, die bisher schon auf diesem Gebiet tätig und mit Erfolg tätig gewesen sind. Alle diese Gründe bewegen mich, an die Genossen, die die Absicht hatten, Ebert zu wählen, die Bitte zu richten, sich durch dessen Ablehnungserklärung bei der Abgabe ihrer Stimme nicht beeinflussen zu lassen. (Beifall.)

**Vorsitzender Dietz:** Ich habe Legien etwas weiteren Spielraum gelassen als sonst bei einer Geschäftsordnungsbemerkung, deshalb, weil die Umstände eigenartig sind. Ich gebe dem nächsten Redner zur Geschäftsordnung den gleichen Spielraum.

**Lipinski-Leipzig:** Der Parteitag hat beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die eine Reorganisation des Parteivorstandes vornehmen soll. Wenn der Vorschlag Legiens Anerkennung finden sollte, so würde das bedeuten, der Revision störend vorzugreifen, weil dann die Kommission von vornherein mit dem befohlenden Vorsitzenden rechnen muß. (Sehr richtig!) Da aber bei der ganzen Reorganisation eine Reihe von sachlichen und organisatorischen Fragen erwogen werden müssen, die es heute noch nicht vollständig klar erkennen lassen, ob ein besoldeter Vorsitzender bestellt werden soll, so halte ich es für richtig, daß der Parteitag die Kandidatur Ebert ausschaltet. Alle Eigenschaften, die Ebert angelehnt worden sind, erkennen wir an, alle diese Eigenschaften kann er in seiner Tätigkeit als Sekretär betätigen, die Partei verliert dadurch seine Arbeitskraft und seine vermittelnde Tätigkeit nicht, wenn er auf seinem Posten als Sekretär verbleibt. Wenn der Parteitag dann durch die Reorganisation dazu gezwungen wird, zu entscheiden, ob ein besoldeter Vorsitzender angestellt werden soll oder nicht, dann hat er im nächsten Jahre vollständig freie Hand. Er wäre dann durch die Wahl Haases nicht gebunden. In keinem Fall aber können wir der reorganisatorischen Aufgabe der Kommission entgegenzutreten. (Beifall.)

**Rebel:** Legien hat recht, wenn er sagt, daß zum ersten Male in der Partei über einen Mann, der zu dem höchsten Amt vorgeschlagen worden ist, eine Diskussion entsteht, weil er die Kandidatur nicht annehmen will. Ebert habe ihm keine genügenden Gründe für seine Ablehnung gegeben. Es ist in erster Linie Sache von Ebert selbst, was er sagen will oder nicht. (Sehr richtig!) Wenn Ebert erklärt, ich nehme die Wahl nicht an, so bleibt es dabei. Damit ist selbstverständlich keinem Mitglied des Parteitag das Recht genommen, ihn trotzdem zu wählen. Will man eine Demonstrationswahl machen, so steht dem nichts im Wege. (Sehr gut!) Die Kandidatur Ebert ist heute nicht zum erstenmal aufgetaucht. Es ist schon einige Zeit nach dem Tode von Singer im Vorstand und in der Kontrollkommission darüber gesprochen worden und schon damals hat der Genosse Ebert auf das entschiedenste erklärt, daß er eine Wahl zum Vorsitzenden nicht annehmen würde, und dem ist entsprechend Rechnung getragen worden, insofern als man von seiner Kandidatur abgesehen hat. Nun hat Legien in einer für Ebert durchaus schmeichelhaften Weise hervorgehoben, welche Tätigkeit er ausübt habe und welche Stellung er im Parteivorstand einnimmt. Ich und meine übrigen Vorstandskollegen können nur voll und ganz in dieses Lob einstimmen, ich muß aber auf ausdrückliches Ersuchen von Genossen Ebert erklären, daß er seine Tätigkeit stets in voller Uebereinstimmung und in freundschaftlicher Aussprache mit den Vorstandskollegen ausgeübt hat und daß er es ablehnen müsse, daß ihm dies als besonderes Verdienst angedreht wird. (Bravo!) Auf die Verhandlungen über die Kandidatur Haase will ich nicht eingehen, ich will nur, da ich selbst diese Verhandlungen gepflogen habe, erklären, daß Haase erst nach wiederholtem Ersuchen von meiner Seite und unter ausführlicher Begründung, warum ich und die Kollegen im Vorstand

keine Kandidatur wünschen, und nachdem er sich eine längere Bedenkzeit ausgedenkt hat, zugesagt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Haase — ich hebe das vielleicht gegen seinen Willen hervor — mit der Annahme einer Wahl zunächst ein großes Opfer bringt. Er hat als Rechtsanwalt in Königsberg eine ausgezeichnete Praxis, die er selbstverständlich aufgeben muß. Er muß mit seiner Familie, die in Königsberg eingelebt ist, Königsberg verlassen, es werden ihm damit erhebliche finanzielle Opfer auferlegt. Trotzdem hat er sich auf mein wiederholtes Drängen schließlich bewegen lassen, eine Kandidatur anzunehmen, und in der weiteren Aussprache, die hier zwischen anderen Genossen und ihm stattgefunden hat, hat er auch erklärt, daß er es für seine selbstverständliche Pflicht halte, wenn er gewählt werde und sobald er in Berlin installiert sei, jeden Tag eine geraume Zeit auf dem Bureau zuzubringen, um sich dort über alle Eingänge zu informieren und mit den Kollegen freundschaftliche Beratungen zu pflegen, soweit das außerhalb der allgemeinen Vorstandssitzungen erforderlich sei. (Bravo!) Wir haben diese Zusage besonders freudig begrüßt, diese Einrichtung hat bisher nicht bestanden, sie kommt in hohem Maße dem Verlangen entgegen, daß ein Vorsitzender dauernd auf dem Bureau beschäftigt sein soll. Wir alle sind der Meinung, daß, wenn Haase täglich auch nur eine Stunde auf dem Bureau zubringt, so genügt das in vollem Maße, um seinen Posten auszufüllen, was übrigens auch bei seiner außerordentlichen Gewissenhaftigkeit nicht dem geringsten Zweifel unterliegt. (Bravo!)

**Ulrich-Offenbach:** Wir verkennen die Gründe, die für die Kandidatur Haase sprechen, an sich nicht, aber da wir uns in einer Periode der Reorganisation befinden, sind wir der Meinung, daß wir ein starkes Stück Verantwortlichkeit auf uns laden, wenn wir jemand aus seiner bisherigen Situation herausnehmen. Wir halten es für weit richtiger, wenn wir uns zunächst einmal darüber klar werden, wie wir in Zukunft die Organisation gestalten wollen, weil wir dann weit leichter unsere Entschlüsse fassen könnten, als wenn wir uns mit der Wahl von Haase in einer Richtung festgelegt hätten, die man vielleicht nicht beabsichtigt hat. Alles was zur Empfehlung von Haase angeführt ist, hat, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, leider eine bedenkliche Seite (Sehr richtig! und Widerspruch), und deshalb wenden wir uns dagegen. Wenn ich die rein persönliche Seite mit ein paar Worten berühren soll, was unermesslich ist, so muß ich doch feststellen, daß ich und eine Reihe anderer Genossen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß wir in Ebert einen besseren, einen zuverlässigeren Vorsitzenden hätten, hinsichtlich der ungeheuren Aufgabe, die Partei einheitlich zusammenzuführen. Das ist eine Frage, die weit wichtiger ist, als alle persönlichen Rücksichten sonst. Es kann sich niemand anders geben, als er ist, es kann niemand anders sein, als er sich betätigt hat. Die Betätigung von Ebert bietet uns eine viel größere Sicherheit dafür, daß die Partei unter seiner Leitung zusammengehalten und vorwärts getrieben wird zum Segen der gesamten Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!)

**Rebel:** Es ist ja Sache eines jeden einzelnen, wie er den Charakter der in Frage stehenden Personen beurteilen will. Ich möchte nur ausdrücklich erklären — und ich glaube, ich habe die volle Zustimmung von Ulrich dazu — daß er mit dem, was er hier über die Charaktere der beiden Genossen angedeutet hat, in keiner Weise sagen will, daß Haase minderen Charakters ist. (Ulrich: Da bin ich ganz deiner Auffassung!) Ich konstatiere das nur, damit keine Mißverständnisse nach außen aufkommen. Was das andere betrifft, daß Haase nicht die erforderlichen Eigenschaften besitzt, die die Voraussetzung für das Zusammenhalten der Partei bilden, so weiß ich ja, wohin Ulrich mit dieser Bemerkung zielt. (Sehr gut!) Ich würde an seiner Stelle gar kein Bedenken getragen haben, das hier offen auszusprechen. Ich erkläre weiter, daß ich ein

berattigtes Bedenken von Ulrich und seinen Freunden ganz natürlich finde, aber ich glaube, er zieht denn doch aus dem Verhalten von Gaase auf dem Magdeburger Parteitag durchaus falsche Schlüsse. Jeder, der ihn näher kennt, weiß, daß er ein außerordentlich kongilianter Mann ist, dem an nichts weniger gelegen ist, als Differenzen hervorzuheben. (Sehr richtig!) Der Vorsitzende ist doch auch nicht die entscheidende Persönlichkeit im Vorstände, die solche Dinge auf eigene Faust versuchen könnte. (Sehr gut!) Er würde dann — das erkläre ich, der ich die Kandidatur Gaase auf das entschiedenste befürworte, und heraus — an mir den entschiedensten Gegner finden. Solche Befürchtungen gegenüber Gaase sind aber absolut unbegründet. Indes, Ihr dort drüben werdet uns nicht überzeugen, und wir überzeugen Euch nicht. Wir legen endlich auch besonders Gewicht darauf, im Vorstand einen Juristen zu haben. Wir sind außerordentlich oft in der Lage, juristischen Rat einholen zu müssen, und Gaase ist notorisch ein sehr tüchtiger Jurist. Während wir jetzt oft von außerhalb Rat holen müssen, wodurch eine Verzögerung eintritt, hätten wir im Falle der Wahl von Gaase den richtigen Mann im Vorstände selbst. Das ist für mich und meine Kollegen ein sehr wesentliches Moment, das den Wert der Kandidatur Gaase erhöht. (Sehr richtig!)

Damit ist die Besprechung der Kandidatenfrage erledigt.

Vorsitzender Dieß: Für die Einundzwanziger-Kommission sind seitens der Landsmannschaften im ganzen 21 Genossen vorgeschlagen. Die Hoffnung, daß weitere nicht vorgeschlagen werden, hat sich nicht erfüllt, indem Westfalen für sich ein besonderes Mitglied für diese Kommission beantragt und der Liste der Landsmannschaften noch den Namen Max König-Dortmund hinzugefügt hat. Es wäre aber auch denkbar, daß der Parteitag statt einer 21gliedrigen eine 22gliedrige Kommission wählt. Dann würden alle Differenzen ausgeglichen sein.

Lipinski-Leipzig beantragt, auch dem Industriegebiet Westfalen eine besondere Vertretung in der Kommission zu gewähren und deren Mitgliederzahl auf 22 zu erhöhen.

Die dem Antrag wird zugestimmt. Auf Antrag von Weber wird nunmehr die 22er-Kommission per Affirmation gewählt. Sie besteht aus: E. Ernst-Berlin (Berlin), Otto Wels-Berlin (Brandenburg), Dr. Gottschall-Königsberg (böllische Provinzen), Franz Feldmann-Langenbielau (Schlesien), Dittmann-Solingen (Ober- und Niederrhein), Leinert-Hannover (Hannover), Hoch-Ganau (Frankfurt a. M. und Kassel), Bartels-Altona (Holstein), Stubbe-Hamburg (Hamburg), Hennig-Galle (Sachsen), Simon-Mürnberg (Bayern), Muer-München (Bavarn), Frank-Mannheim (Baden), A. Sindermann-Dresden (Sachsen), Lipinski-Leipzig (Sachsen), Hildenbrand-Stuttgart (Württemberg), Reißhaus-Erfurt (Thüringische Staaten), Haberkamp-Bremerhaven (Bremen und Oldenburg), Ulrich-Offenbach (Hessen), Wöhle-Strachburg (Elsäß-Lothringen), König-Dortmund (Westfalen), Käse Dunder-Stuttgart (Frauen).

Hierauf erhält das Wort zu einer Erklärung

**Eichhorn:** Der Parteitag hat den Antrag 68, gestellt von Trabinger-Karlruhe, der Beschwerdef Kommission überwiesen. Der Antrag verlangt, daß die in Baden entstandenen Diskussionsklubs, deren einer sich Marxklub nennt, entgegen einem Beschluß des badischen Parteitags vom gegenwärtigen Parteitag für zulässig erklärt werden.

Ich habe hierzu folgende Erklärung abzugeben:

Die Gründung der Diskussionsklubs erfolgte in der Absicht, mit Hilfe dieser Organisation auf die Durchführung der Beschlüsse des Parteitags zur

Budgetfrage in Baden hinzuwirken. Diese gute Absicht mußte indessen die Klubs zu Sonderorganisationen stampeln, die eine Einwirkung auf die Zusammenziehung der Verwaltungskörperschaften der Partei, auf die Tätigkeit der Kreisorganisationen usw. anstrebten und sich dadurch mit dem Organisationsstatut in Widerspruch setzen. So unbestritten das Recht der Genossen ist, sich auch außer dem Rahmen der Organisation über theoretische und wissenschaftliche Fragen zu veräußern, so wenig dürfen Neben- und Landesorganisationen besorgen. Mit telegraphischer Ermächtigung der Antragsteller ziehe ich deshalb den Antrag zurück.

Vorsitzender Dieß: Ich werde das der Beschwerdef Kommission mitteilen; damit ist die Angelegenheit erledigt.

Zu einer persönlichen Erklärung erhält das Wort

Genossin Dunder-Stuttgart: Keil hat gestern in einer persönlichen Erklärung meine Ausführungen in zwei Punkten zu widerlegen gesucht. Was den ersten anlangt, so stelle ich hier fest, daß Keil nur bestätigt hat, was ich gesagt habe. Es ist nämlich ganz gleichgültig, ob Westmeyer auf der württembergischen Landesversammlung mit oder ohne seinen Willen zuerst zu Worte kam. Tatsache ist, daß Westmeyer sich im Rahmen sachlicher Erörterungen bewegte, während Keil nachher die schwersten persönlichen Angriffe gegen ihn erhob. Tatsache ist ferner, daß, wie Keil in seiner Erklärung ja auch bestätigt hat, Westmeyer auf diese persönlichen Angriffe nicht mehr antworten konnte, weder im Rahmen des Schlusswortes noch in dem einer persönlichen Bemerkung, also genau wie ich gesagt habe.

Wenn Keil weiter behauptete, daß erst 1910 zum ersten Male eine Debatte über die prinzipielle und tatsächliche Haltung der „Schwäbischen Tagewacht“ auf der Landesversammlung entstanden sei, so beweist das nicht das geringste gegen meine Behauptung, daß die „Schwäbische Tagewacht“ schon seit Jahr und Tag in Widerspruch mit den Anschauungen der Stuttgarter Parteigenossen steht. Denn ehe die Unzufriedenheit sich so weit verdichtet hatte, daß sie zu einer Debatte auf der Landesversammlung führte, ist sie natürlich schon längst in den Reihen der Genossen vorhanden gewesen. Die Unzufriedenheit der Stuttgarter Genossen mit der „Schwäbischen Tagewacht“ datiert seit der Zeit, wo sie anfang, die opportunistische Politik der Mehrheit der Landtagsfraktion zu verteidigen, und sie ist in den letzten Jahren immer stärker in den Parteiversammlungen zum Ausdruck gekommen. Damit glaube ich festgestellt zu haben, daß Keil die Wichtigkeit meiner Ausführungen in keiner Weise hat erschütterten können.

Vorsitzender Dieß: Die neu eingetretenen Delegierten von Stuttgart, Sämann und Rapp, ersuchen mich, sich im Protokoll dahin erklären zu können, daß sie gestern gegen den Antrag Dunder gestimmt haben würden, wenn sie da bereits anwesend gewesen wären.

Keil verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Vors. Dieß: Das Wort kann ich Ihnen jetzt nicht geben. (Große Unruhe und erregte Zwischenrufe bei der Mehrheit der württembergischen und badischen Delegierten.) Wenn Sie eine persönliche Erklärung abgeben wollen, müssen Sie sie vorher aufheben. So sind wir auch der Genossin Dunder gegenüber verfahren. (Hildenbrand: Das hätten Sie jetzt auch sagen müssen. Das ist einfach unerhört, ganze Organisationen zu beschimpfen! Erneute heftige Zurufe der oben bezeichneten Delegierten.) Ich habe gestern Hildenbrand das Wort zu einer Erklärung gegeben, die ohne Diskussion entgegenkommen wurde, das gleiche war später bei Keil der Fall, obwohl auch gestern der Ver-

nach gemacht worden ist, eine Diskussion daran zu knüpfen. Ich kann Sie nur darauf verweisen, Ihre Erklärung schriftlich einzureichen. Eine Diskussion über „Erklärungen“ ist unzulässig.

Leber teilt mit, daß es ausgeschlossen ist, den Parteitag morgen zu Ende zu führen. Das Marktfest findet daher wie geplant morgen nachmittag statt; heute abend geben die Jenerfer Genossen den Parteitagsmitgliedern zu Ehren einen Konzertabend im „Volksbause“.

Schluß der Sitzung nach ½ 7 Uhr.

## Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 15. September 1911. — Vormittagsitzung.

Die Tribünen sind überfüllt.

Vorsitzender Leber eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Klara Zetkin mit, daß in New-York die Genossin Krey-Craner verstorben ist. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Sie war ein Kind des Volkes aus Deutschland und gehörte unter dem Ausnahmegejes zu den ersten Frauen mit, die organisierend und agitierend unter die Massen des weiblichen Proletariats hinausgegangen sind. Sie wurde von den Stürmen des Ausnahmegejes nach New-York getrieben und gehörte dort zu den tätigsten und geachtetsten Agitatoren der deutschen Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten. Sie gründete dort nach deutschem Muster eine zentralisierte deutsche Frauenbewegung, die in bezug auf Grundzüge und Taktik auf dem Boden unserer Bewegung steht. Sie haben sich in Anerkennung der Verdienste der Genossin von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Dann folgt das Referat über

### „Die Reichstagswahlen“.

August Bebel: Bevor ich auf mein Referat eingehe, bin ich genötigt, meinen gestrigen Ausführungen eine kleine Berichtigung zuteil werden zu lassen. Ich hatte anlässlich der Darstellung der Vorgänge auf dem Internationalen Kongress zu Stuttgart bezüglich der Militärkommission angegeben, daß die Franzosen in ihren verschiedenen Fraktionen sich für den Massenstreik im Kriegs-falle erklärt hätten. Das war ein Irrtum von mir. Die Guesdisten haben sich in der Kommission auf das entschiedenste dagegen erklärt und haben schließlich für unsere Resolution gestimmt, und gleichzeitig die österreichischen Genossen unter Führung des Genossen Dr. Adler, die im gleichen Sinne stimmten. So wurde in der Subkommission mit 8 gegen 4 Stimmen die deutsche Resolution angenommen und schließlich mit großer Mehrheit im Plenum der Kommission und im Plenum des Kongresses.

Parteiengenossen! Der im Januar 1907 gewählte Reichstag geht nunmehr seinem Ende entgegen, und wenn nicht alles täuscht und wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, die eine Verschiebung der Wahlen aus irgendeinem Grunde herbeiführen, dürften die Wahlen in der ersten Hälfte des Januar, also in genau vier Monaten, stattfinden. Man will dann, wie ich aus guter Quelle hörte, in der zweiten Hälfte des Januar die Stichwahlen vornehmen und glaubt, Anfang Februar, jedenfalls in den ersten Tagen desselben den neuen Reichstag berufen zu können.

Der jetzt bestehende Reichstag hat ein tragisches Geschick erlebt. Bekanntemahen fanden die Gottentottenwahlen unter der Parole statt: Gegen Sozialdemokratie, Zentrum und Polen! Diese drei Fraktionen hatten bei der Abstimmung am 13. Dezember 1906 in der zweiten Lesung über eine geforderte Summe für den Kriegsetat für Südwestafrika sich dagegen erklärt und mit ein oder zwei Stimmen die Vorlage zur Ablehnung gebracht. Es war zweifellos, daß, wenn es zur dritten Lesung gekommen wäre — das hatte der Redner des Zentrums hinlänglich deutlich angezeigt —, die Position im Sinne der Regierung entschieden worden wäre. Aber es hatte sich mittlerweile im Reichstage eine Konstellation gebildet, die um jeden Preis den Bruch herbeiführen wollte, die auflösen wollte, weil man hoffte, daß man durch die Auflösung eine neue, der Regierung günstigere Zusammensetzung des Reichstages herbeiführen würde.

Und in der Tat gelang es. Ich habe vom Jahre 1867 an alle Wahlen zum Norddeutschen und Deutschen Reichstag mitgemacht, und ich muß sagen, so viel auch an Druck von Regierungsseite und von Seiten der Unternehmer vorgekommen sein mag, ein solcher Druck, wie bei diesen Wahlen, ist noch niemals ausgeübt worden. (Sehr richtig!) Selbst zu Bismarcks Zeiten fand nicht ein Druck in ähnlichem Maße statt. Vom Minister bis zum Nachtwächter wurde alles gegen uns mobil gemacht, und so war der Erfolg, daß wir zwar einen Stimmengewinn von einer Viertelmillion Stimmen hatten, aber 30 Mandate verloren, daß wir von 79 bis auf 43 zurückgingen. Großer Jubel erhob sich, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen internationalen bürgerlichen Welt. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, die Sozialdemokratie sei jetzt unterdrückt und ihr Ende nahe. Als ich in einer der ersten Sitzungen des Reichstages das Schicksal des Gottentottenblocks, wie wir ihn nannten, charakterisierte und das Zitat brauchte:

„In den Ozean schiff mit tausend Raketen der Jüngling,  
Still auf gerettetem Kahn steht in den Hafen der Greis“

lachte alles und man rief mir zu, das treffe auf mich zu. (Geisterzeit.) Nun, die Dinge haben einen anderen, den von mir vorausgesagten Verlauf genommen. Der Gottentottenblock ist in Trümmer gegangen und sein Erzeuger, der Fürst Bülow, wandelt heute trauernden Herzens an den Ufern der Tiber, ihn schmerzt tief das Geschick, das ihn ereilte. (Geisterzeit.) Und sein anderes Ich, Herr Dernburg, hat es vorgezogen, ebenfalls zu scheiden. Er sitzt auf seiner Villa im Grunewald und wird weiblich geärgert durch unsere neuen Landsleute, die Schwarzen (Geisterzeit), die dort in einer Truppe Vorstellungen geben und ihm dabei nicht nur die Tagesruhe, sondern auch die Nachtruhe rauben. (Geisterzeit.) Ich habe ihm dieses Geschick ehlich gegönnt. (Erneute Geisterzeit.)

Wer am 25. Januar 1907 in Berlin war, war Zeuge des maßlosen Jubels, der alle bürgerlichen Kreise erfaßte, als die Wahlergebnisse bekannt wurden. In ungeheuren Scharen zogen sie zum Fürsten Bülow, und obgleich keine Versammlung unter freiem Himmel anberaunt war, fand doch eine statt, in der Fürst Bülow eine Rede hielt. Und von da ging es zum Kaiser, der eine Ansprache hielt, in der er das bekannte Wort aus dem „Pringen von Somburg“ zitierte:

„Was kümmert dich die Regel, nach der der Feind sich schlägt,  
Wenn er nur nieder vor dir mit allen seinen Fahnen sinkt  
Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste.  
Die Kunst jetzt lernten wir, ihn zu bestegen,  
Und sind gewillt sie fürder auch zu üben.“